

Befragung im INSA-Meinungstrend

im Auftrag von PETA

Oktober 2021

The logo for INSA CONSULERE features the word "INsa" in a bold, red, sans-serif font, with the "s" in lowercase. Below it, the word "CONSULERE" is written in a bold, blue, sans-serif font. To the left of the text is a vertical blue bar. To the right of the text is a horizontal bar divided into a red top half and a blue bottom half.

INsa
CONSULERE

Feldzeit:

15.10. - 18.10.2021

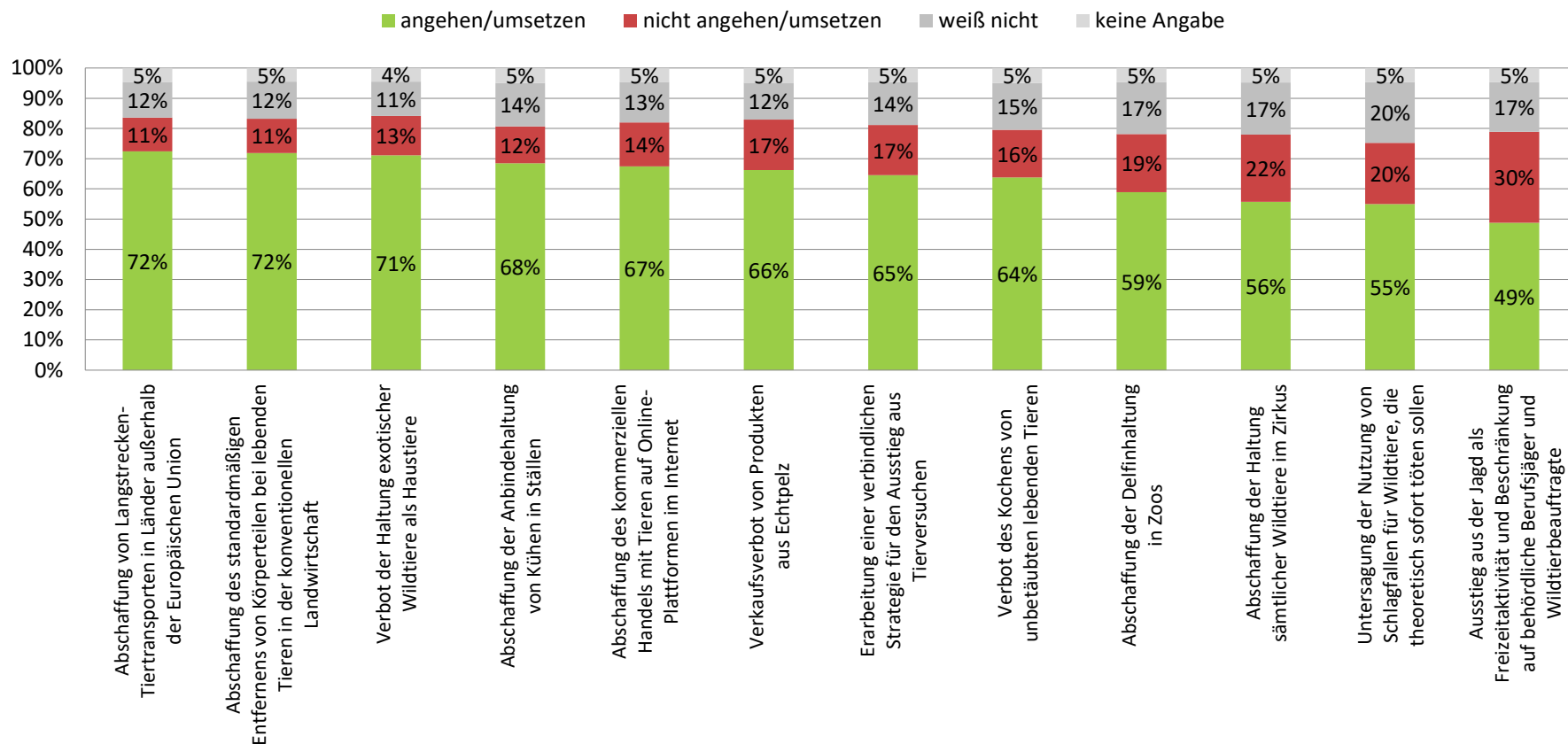
Methodik:

Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt. Die Umfrage ist gestützt auf der permanenten Telefon-Befragung INSA-Perpetua Demoscopia.

Stichprobe:

2.140 Personen aus Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

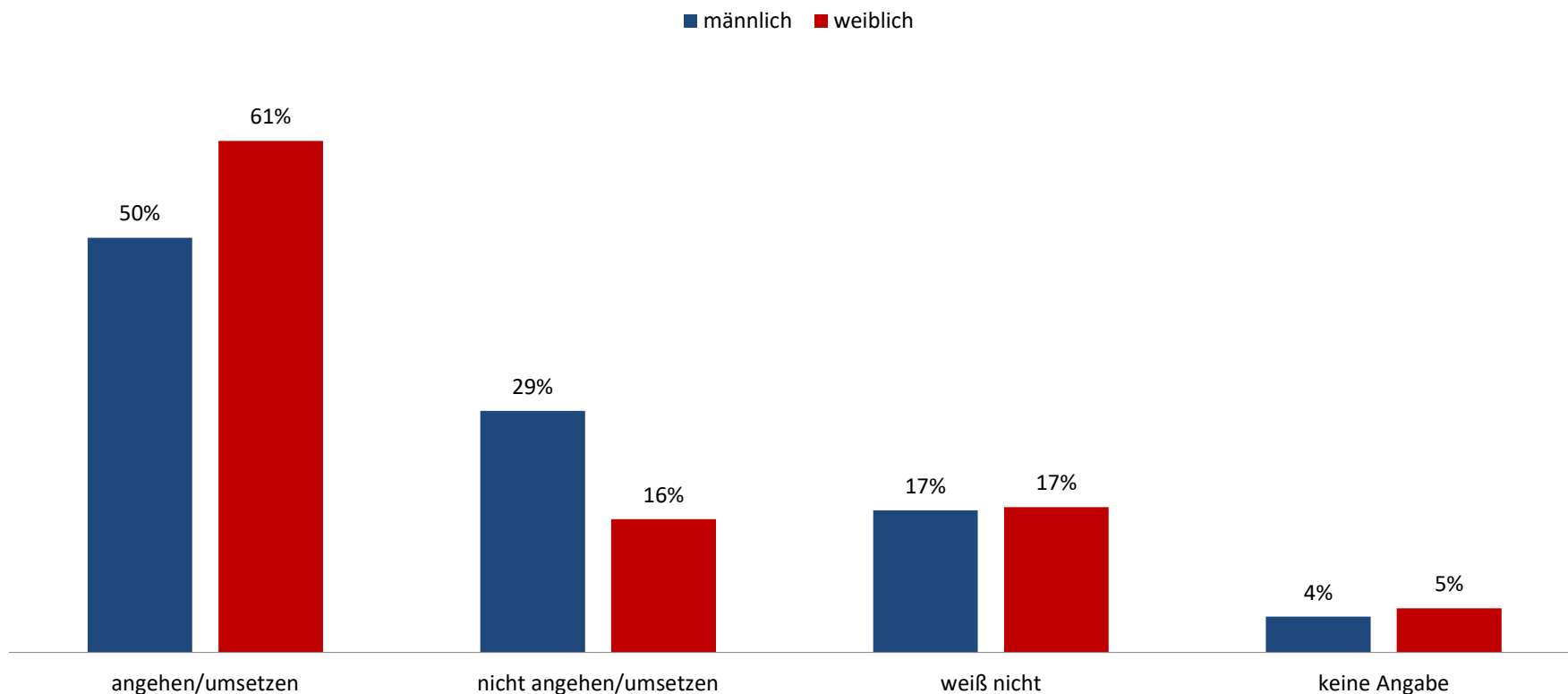


Bei sämtlichen genannten Forderungen wünscht sich eine Mehrheit, dass sie von der nächsten Bundesregierung angegangen bzw. umgesetzt werden. Absolut-mehrheitlich ist dies bei allen Forderungen der Fall, mit Ausnahme des Ausstiegs aus der Jagd als Freizeitaktivität – hier stimmen 49 Prozent zu, dass dies angegangen werden sollte. Mit 30 Prozent ist die Ablehnung der Forderung am höchsten.

Die Aussagentexte wurden aus Anzeigergründen teilweise gekürzt.

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

Abschaffung der Haltung sämtlicher Wildtiere im Zirkus

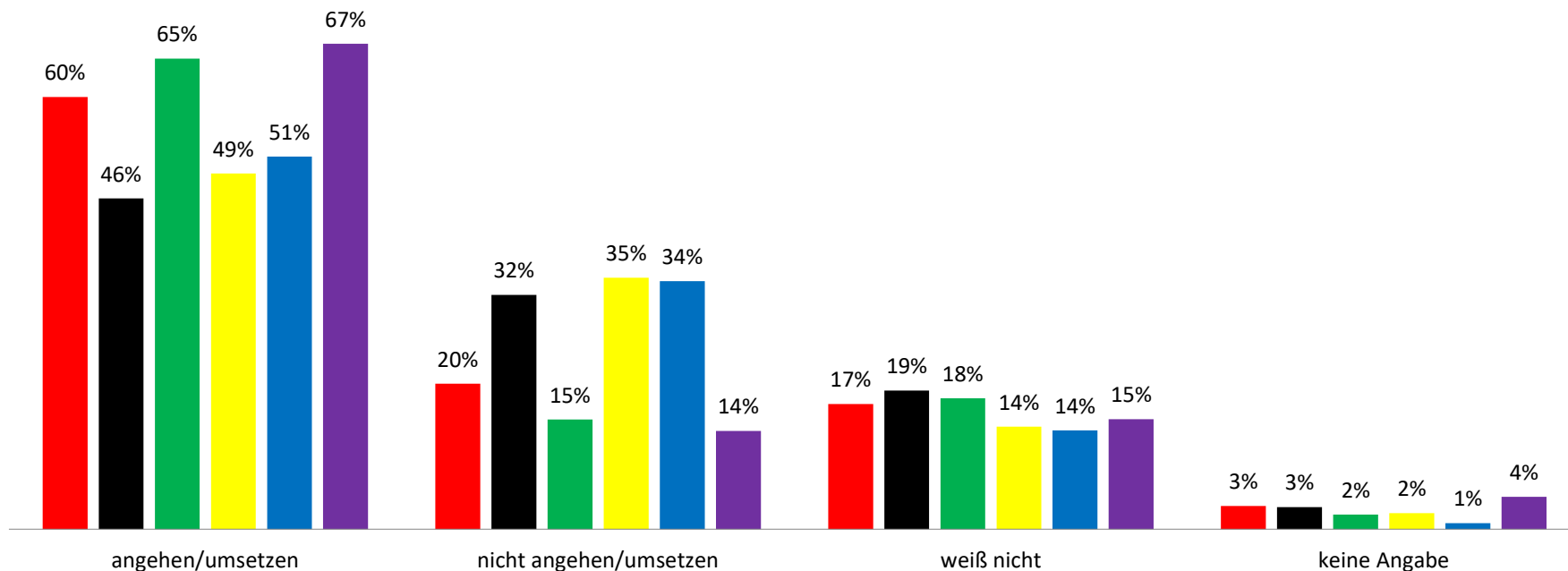


Weibliche Befragte geben deutlich häufiger an, dass die kommende Bundesregierung die Forderung nach der Abschaffung der Haltung sämtlicher Wildtiere im Zirkus umsetzen sollte, als dies männliche angeben (61 zu 50 %).

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

Abschaffung der Haltung sämtlicher Wildtiere im Zirkus

■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke

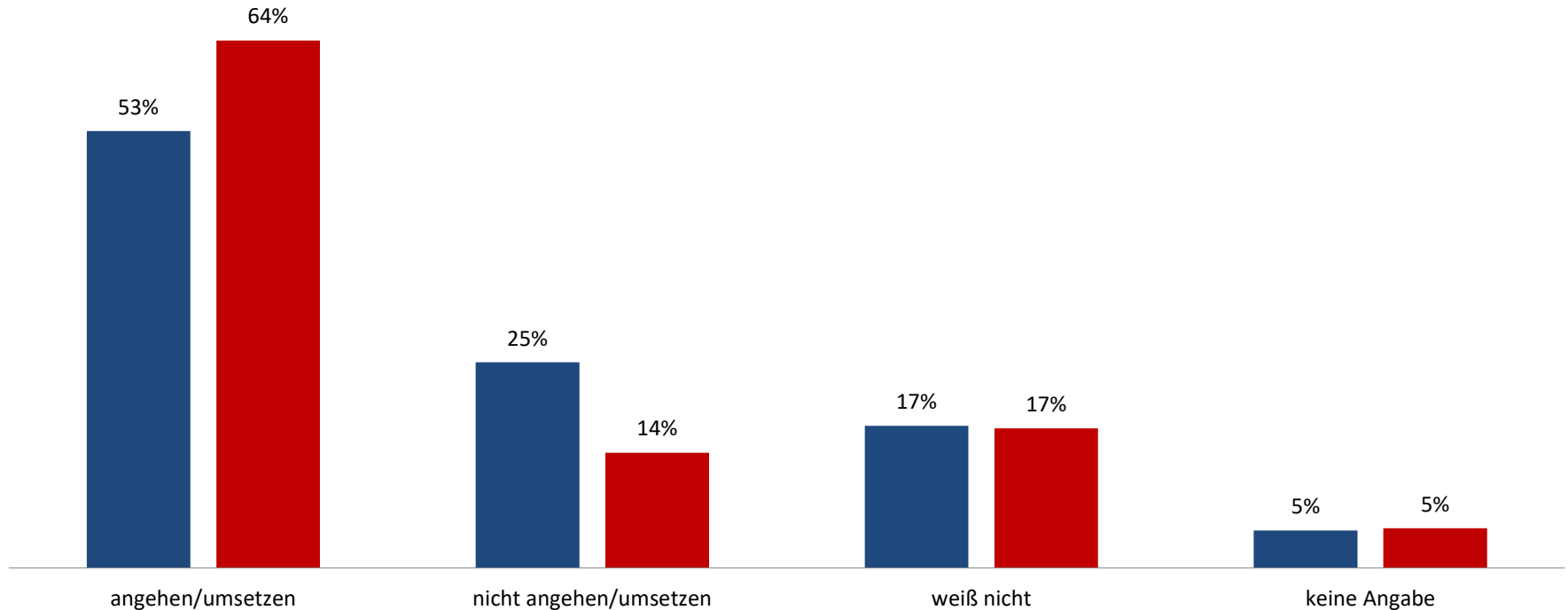


Die Wähler der Linken, der Grünen sowie der SPD geben häufiger als die Wähler der anderen Parteien an, dass die kommende Bundesregierung die Forderung nach der Abschaffung der Haltung sämtlicher Wildtiere im Zirkus umsetzen sollte (67 bzw. 65 bzw. 60 zu 46 bis 51 %).

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

Abschaffung der Delfinhaltung in Zoos

■ männlich ■ weiblich

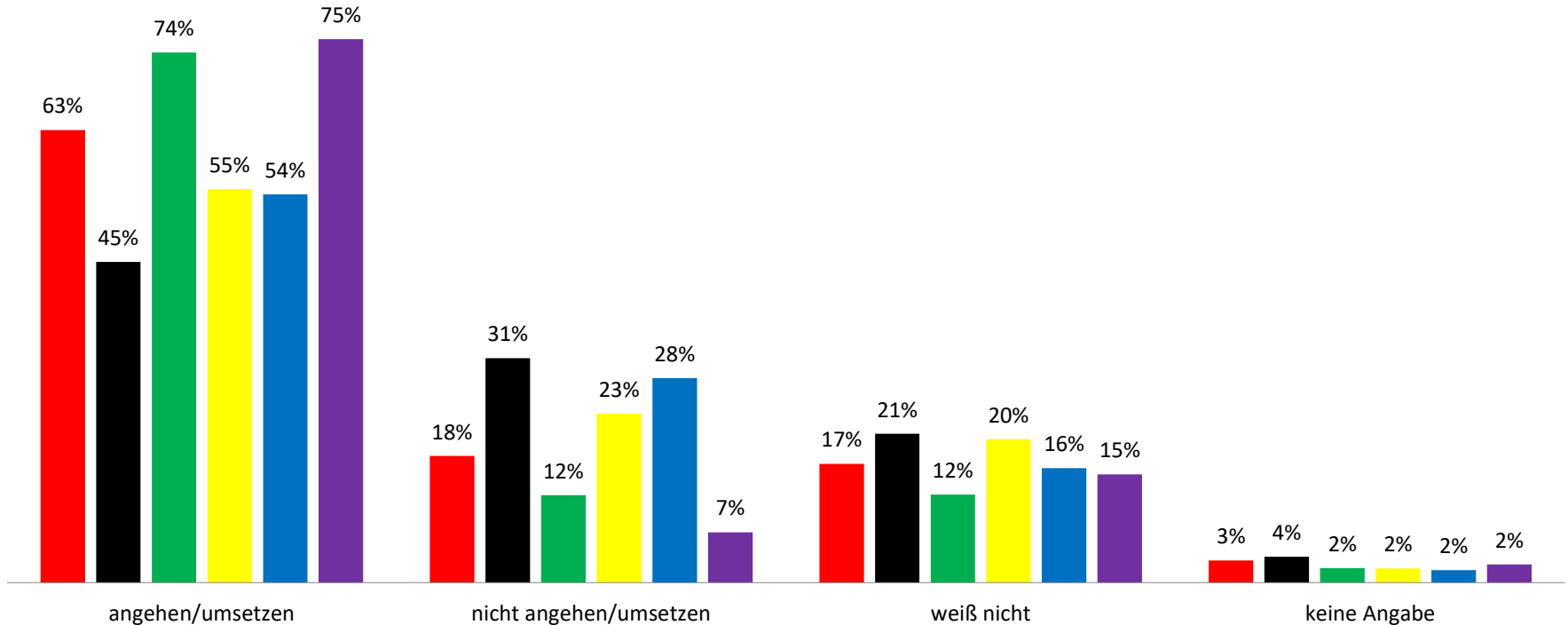


Weibliche Befragte geben deutlich häufiger an, dass die Forderung nach der Abschaffung der Delfinhaltung in Zoos von der kommenden Bundesregierung umgesetzt werden sollte, als dies männliche tun (64 zu 53 %).

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

Abschaffung der Delfinhaltung in Zoos

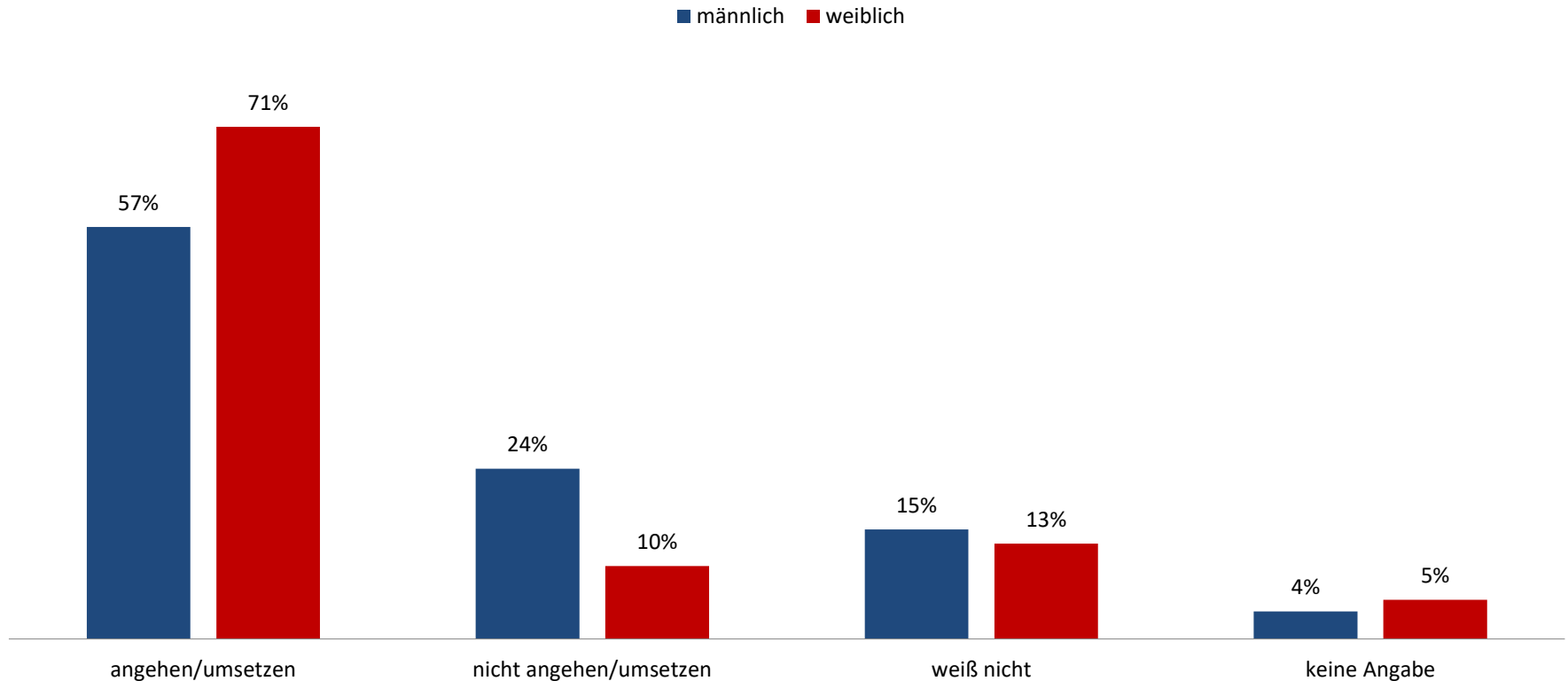
■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke



Die Wähler der Linken, der Grünen sowie der SPD geben häufiger als die anderen Wählergruppen an, dass die Forderung nach der Abschaffung der Delfinhaltung in Zoos von der kommenden Bundesregierung umgesetzt werden sollte (75 bzw. 74 bzw. 63 zu 45 bis 55 %).

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

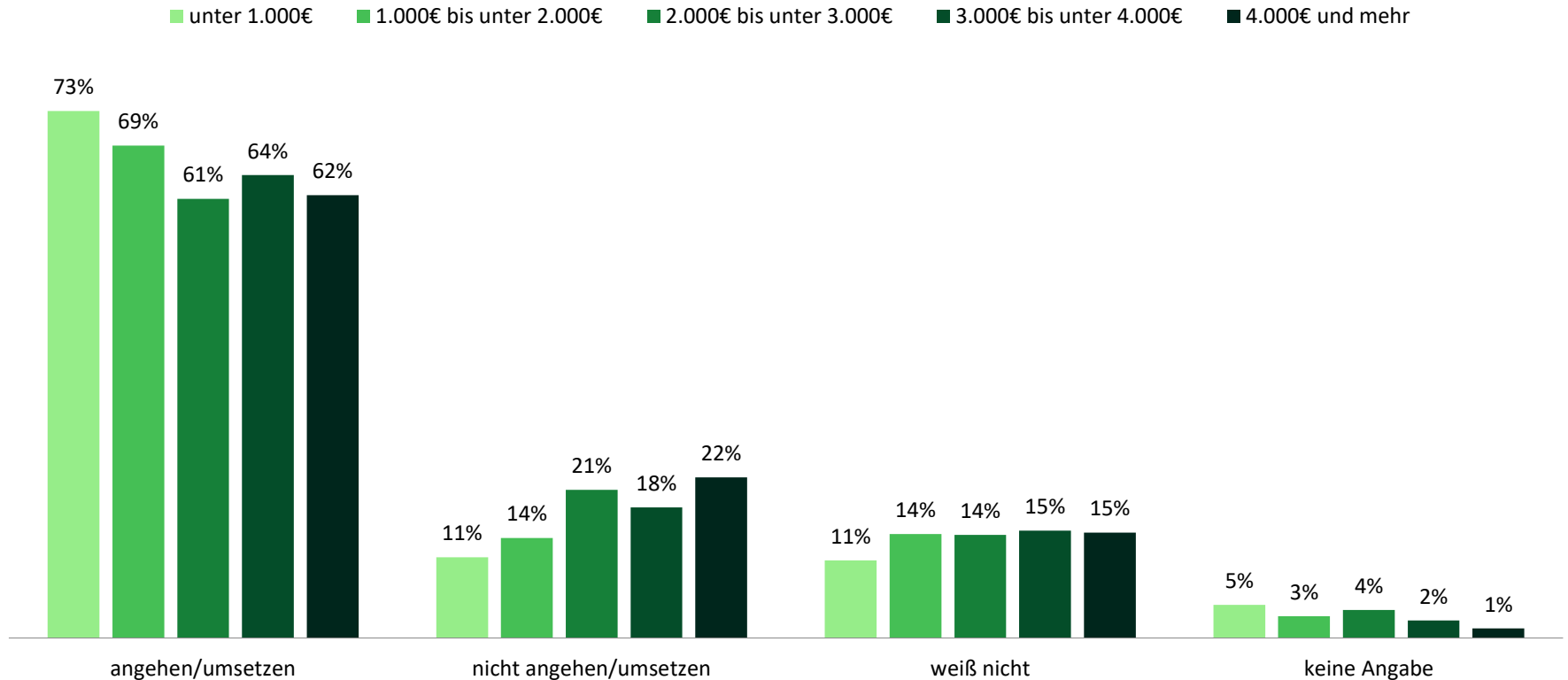
Erarbeitung einer verbindlichen Strategie für den Ausstieg aus Tierversuchen



Weibliche Befragte geben deutlich häufiger als männliche an, dass eine verbindliche Strategie für den Ausstieg aus Tierversuchen erarbeitet werden sollte (71 zu 57 %).

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

Erarbeitung einer verbindlichen Strategie für den Ausstieg aus Tierversuchen

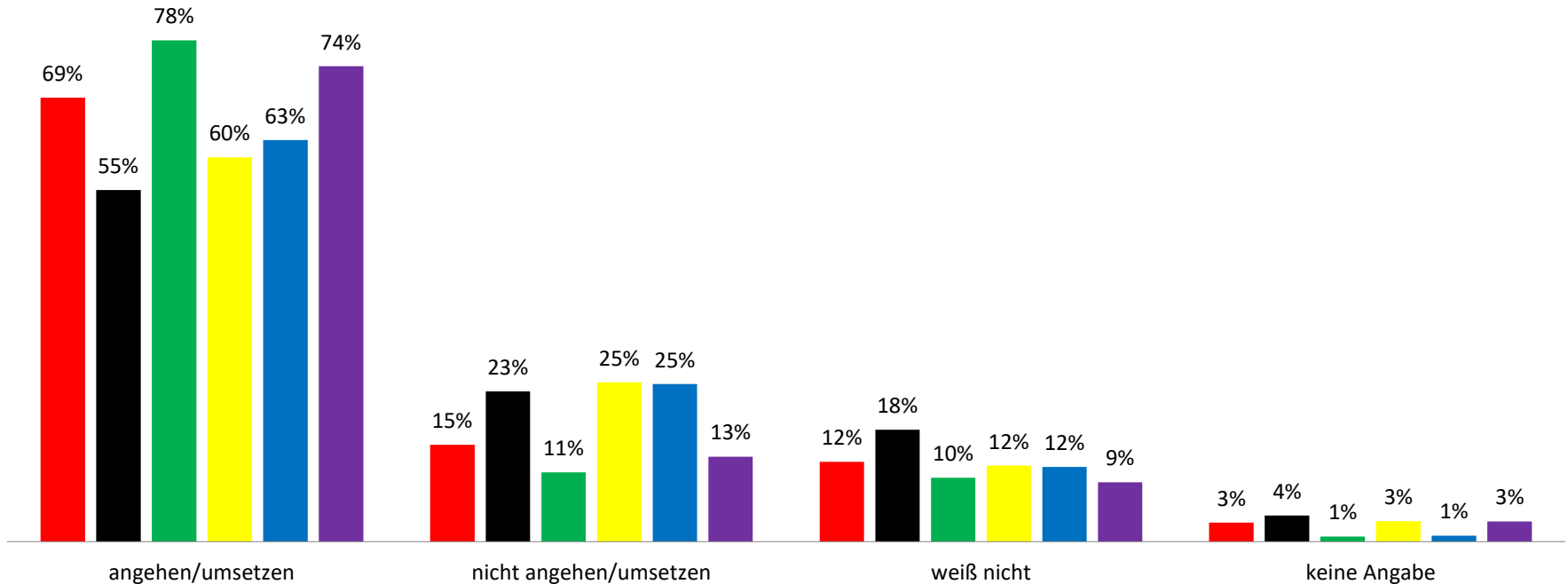


Mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen sinkt tendenziell der Anteil derjenigen, welche für die Erarbeitung einer verbindlichen Strategie für den Ausstieg aus Tierversuchen sind, von 73 Prozent bei denjenigen mit dem Haushaltsnettoeinkommen unter 1.000 Euro auf 62 Prozent bei den Befragten, die ein Haushaltsnettoeinkommen von 4.000 Euro und mehr haben.

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

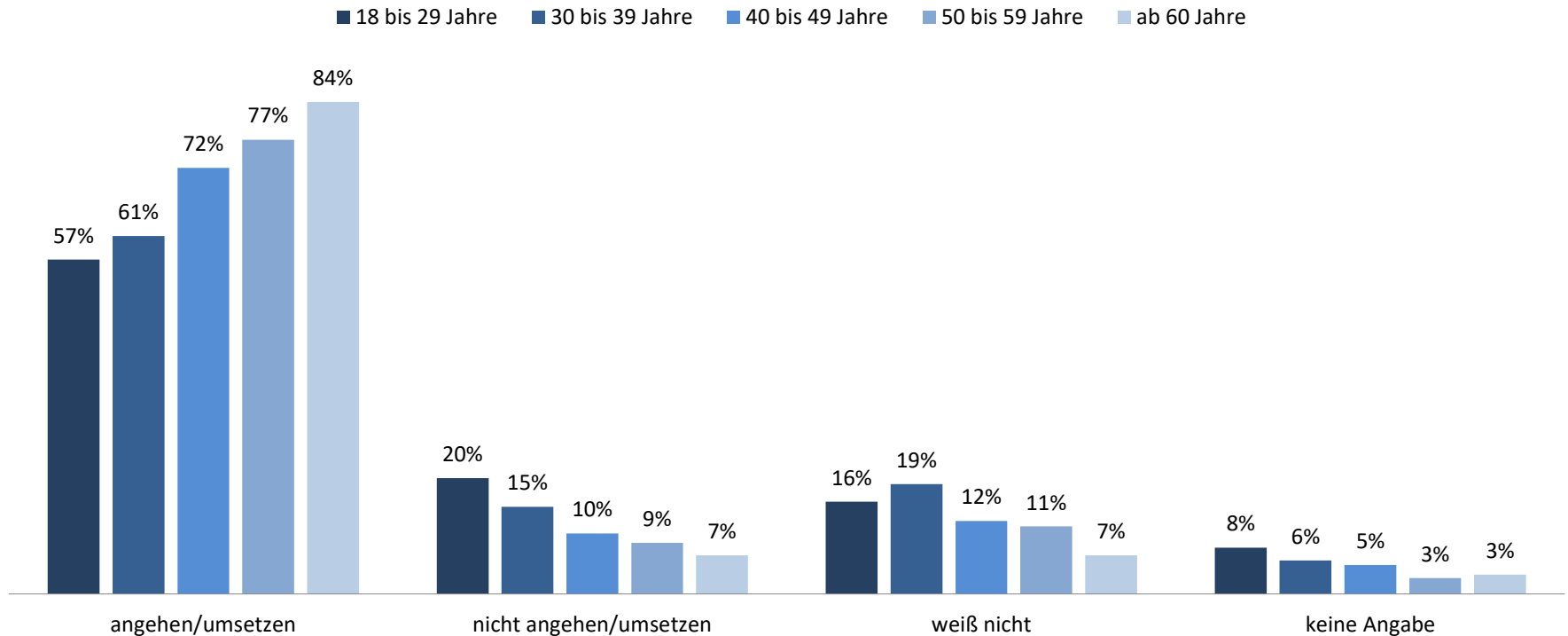
Erarbeitung einer verbindlichen Strategie für den Ausstieg aus Tierversuchen

■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke



Die Wähler der Grünen, der Linken sowie der SPD geben häufiger als die Wähler der anderen Parteien an, dass die kommende Bundesregierung die Forderung nach der Erarbeitung einer verbindlichen Strategie für den Ausstieg aus Tierversuchen umsetzen sollte (78 bzw. 74 bzw. 69 zu 55 bis 63 %).

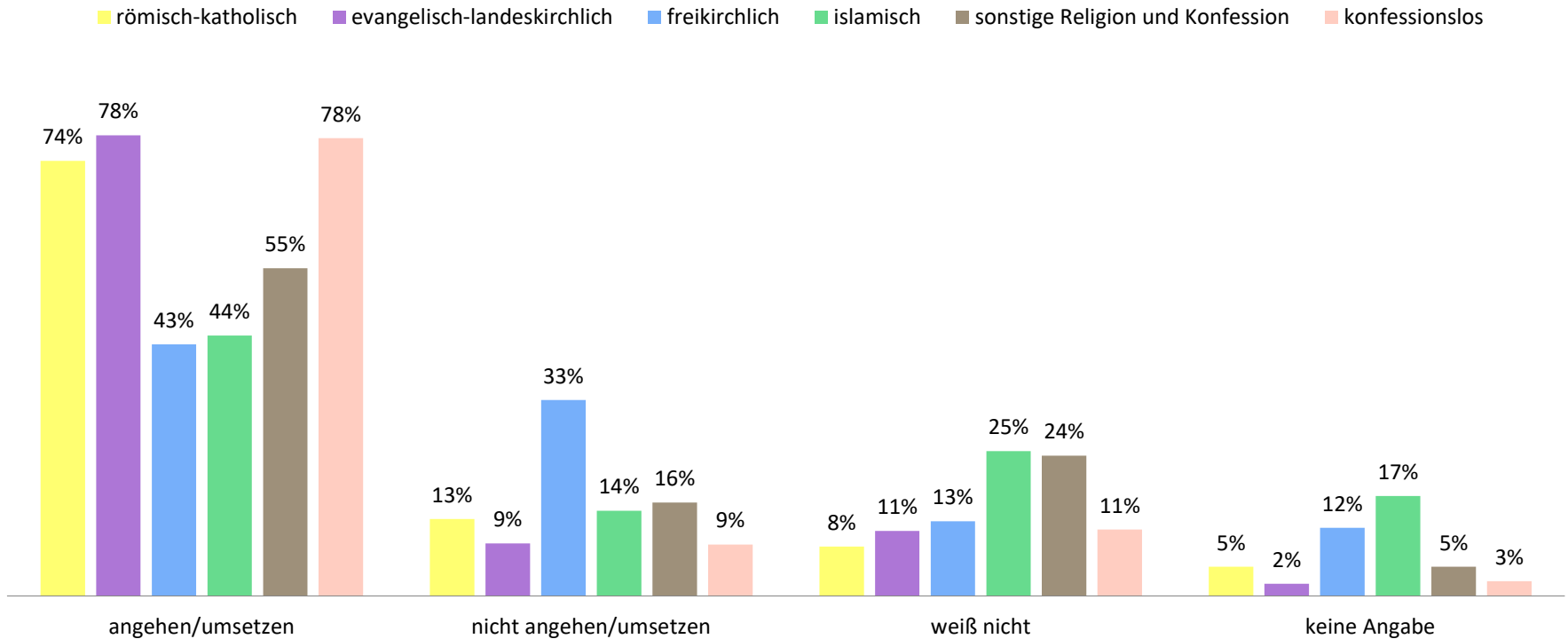
Abschaffung von Langstrecken-Tiertransporten in Länder außerhalb der Europäischen Union



Mit dem Alter steigt der Anteil an Befragten, die angeben, dass die kommende Bundesregierung die Forderung nach der Abschaffung von Langstrecken-Tiertransporten in Länder außerhalb der Europäischen Union umsetzen sollte, von 57 Prozent bei den jüngsten auf 84 Prozent bei den ältesten Befragten.

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

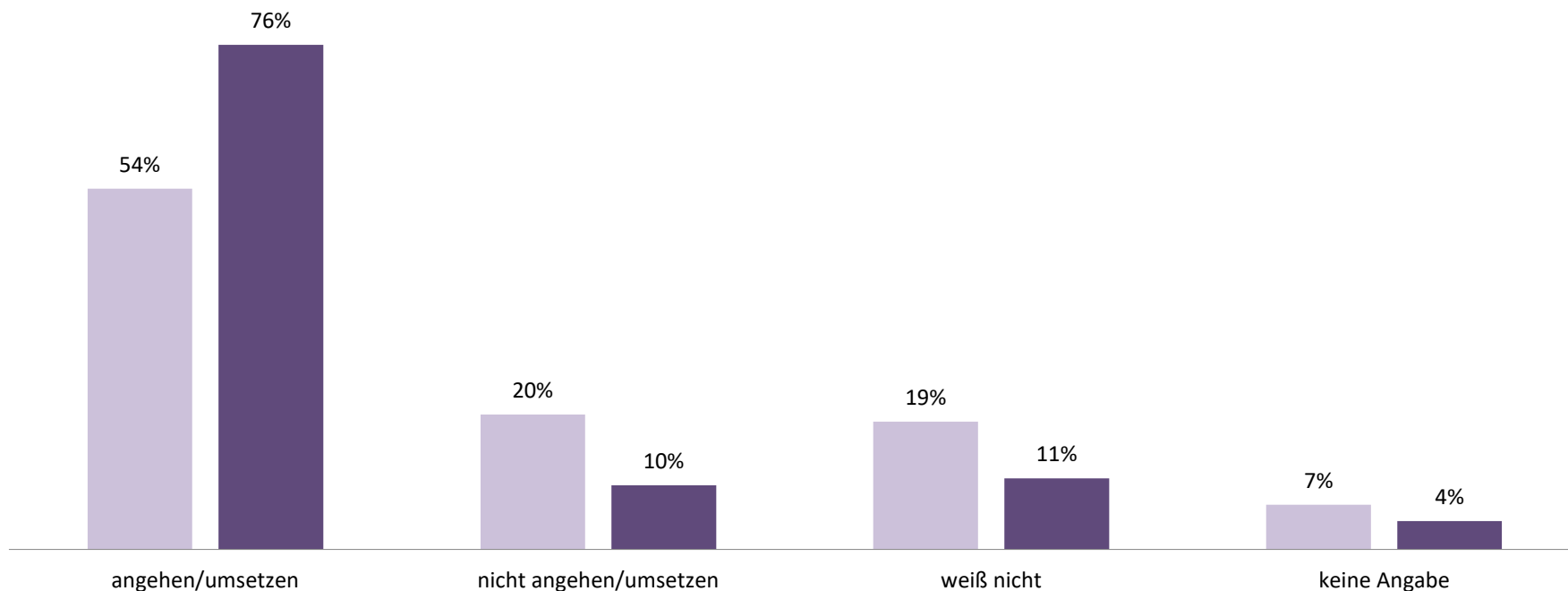
Abschaffung von Langstrecken-Tiertransporten in Länder außerhalb der Europäischen Union



Die freikirchlichen Befragten geben deutlich häufiger als andere Befragte an, dass die Forderung nach der Abschaffung von Langstrecken-Tiertransporten in Länder außerhalb der Europäischen Union von der kommenden Bundesregierung nicht umgesetzt werden sollte (33 zu 9 bis 16 %).

Abschaffung von Langstrecken-Tiertransporten in Länder außerhalb der Europäischen Union

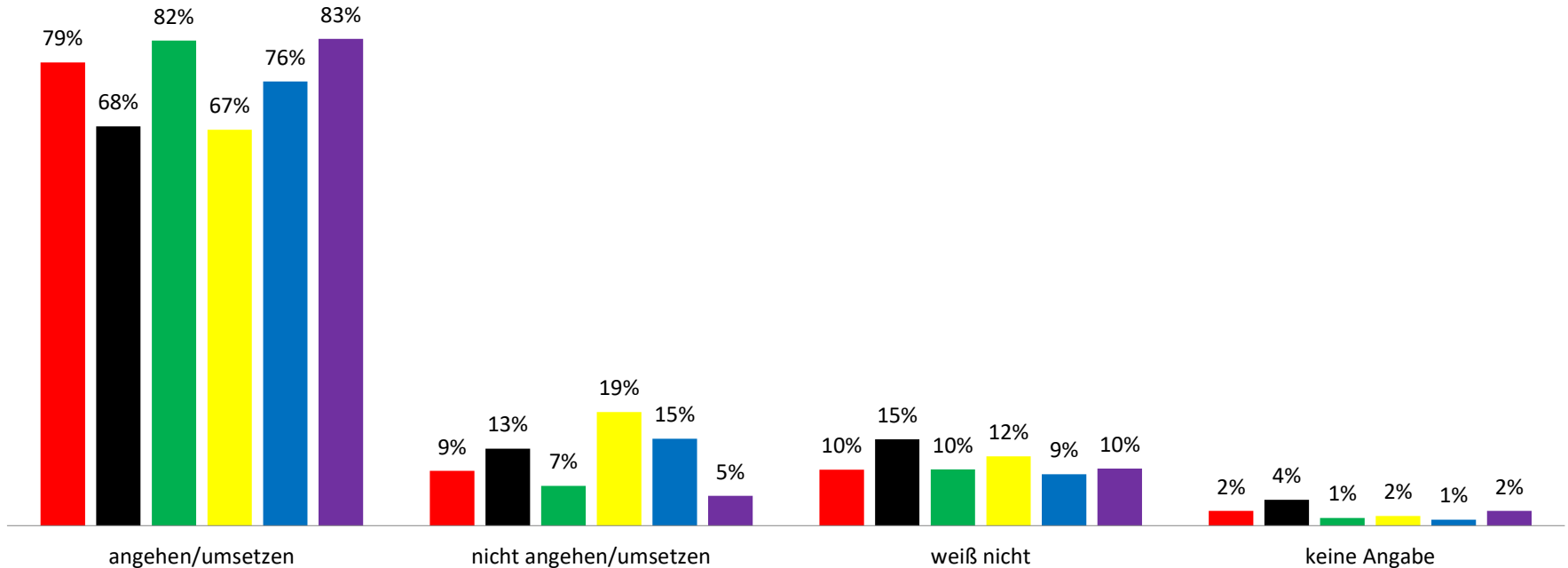
■ mit Migrationshintergrund ■ ohne Migrationshintergrund



Die Befragten, die einen Migrationshintergrund haben, geben deutlich häufiger an, dass die Forderung nach der Abschaffung von Langstrecken-Tiertransporten in Länder außerhalb der Europäischen Union nicht umgesetzt werden sollte, als dies diejenigen ohne Migrationshintergrund angeben (20 zu 10 %).

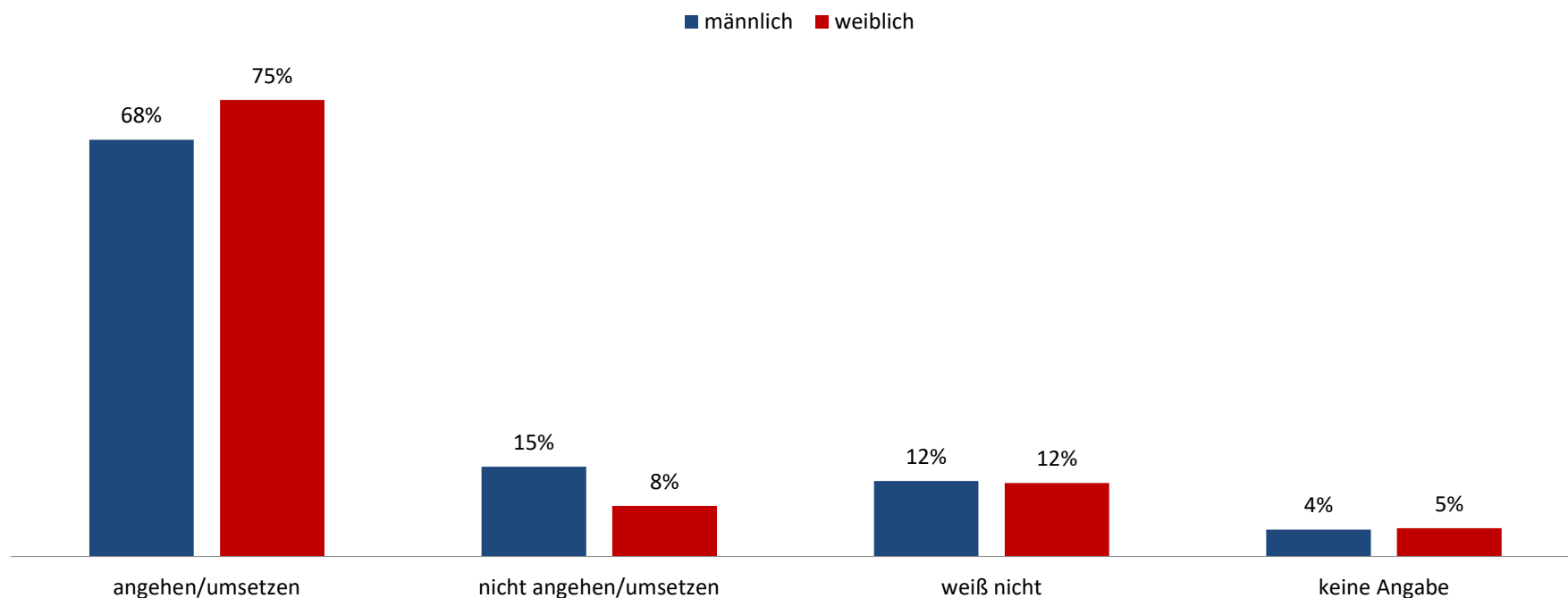
Abschaffung von Langstrecken-Tiertransporten in Länder außerhalb der Europäischen Union

■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke



Die Wähler der FDP sowie der CDU geben seltener als die Wähler der anderen Parteien an, dass die Forderung der Abschaffung von Langstrecken-Tiertransporten in Länder außerhalb der Europäischen Union umgesetzt werden sollte (67 bzw. 68 zu 76 bis 83 %).

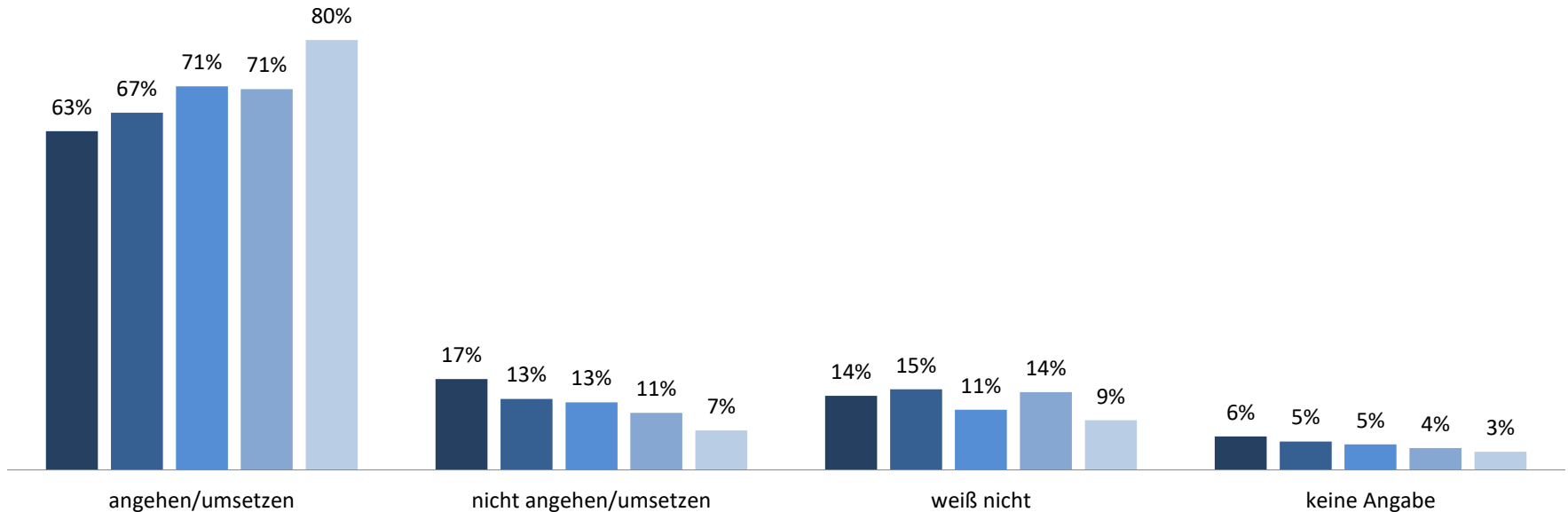
Abschaffung des standardmäßigen Entfernens von Körperteilen bei lebenden Tieren in der konventionellen Landwirtschaft (z.B. Ringelschwänze von Ferkeln, Schnabelspitzen von Geflügel, Hornansätze bei Kälbern)



Weibliche Befragte geben häufiger als männliche an, dass die Forderung nach der Abschaffung des standardmäßigen Entfernens von Körperteilen bei lebenden Tieren in der konventionellen Landwirtschaft (z.B. Ringelschwänze von Ferkeln, Schnabelspitzen von Geflügel, Hornansätze bei Kälbern) umgesetzt werden sollte (75 zu 68 %).

Abschaffung des standardmäßigen Entfernens von Körperteilen bei lebenden Tieren in der konventionellen Landwirtschaft (z.B. Ringelschwänze von Ferkeln, Schnabelspitzen von Geflügel, Hornansätze bei Kälbern)

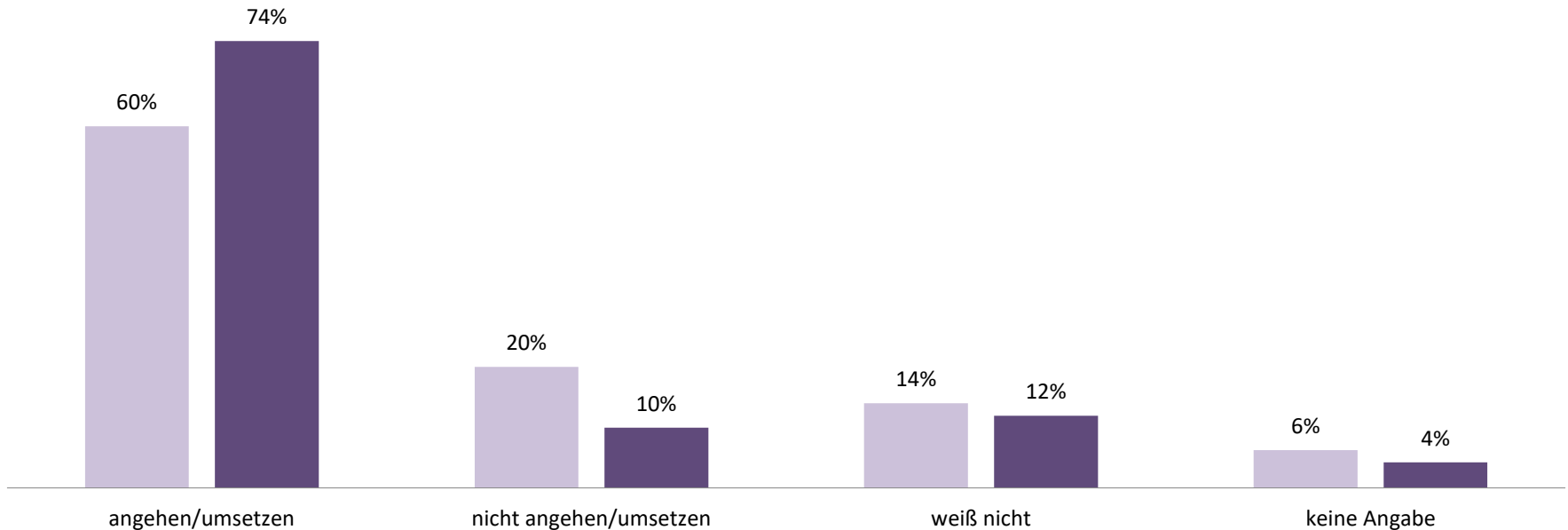
■ 18 bis 29 Jahre ■ 30 bis 39 Jahre ■ 40 bis 49 Jahre ■ 50 bis 59 Jahre ■ ab 60 Jahre



Mit dem Alter steigt der Anteil derjenigen, welche für die Abschaffung des standardmäßigen Entfernens von Körperteilen bei lebenden Tieren in der konventionellen Landwirtschaft (z.B. Ringelschwänze von Ferkeln, Schnabelspitzen von Geflügel, Hornansätze bei Kälbern) sind, von 63 Prozent bei den jüngsten auf 80 Prozent bei den ältesten Befragten.

Abschaffung des standardmäßigen Entfernens von Körperteilen bei lebenden Tieren in der konventionellen Landwirtschaft (z.B. Ringelschwänze von Ferkeln, Schnabelspitzen von Geflügel, Hornansätze bei Kälbern)

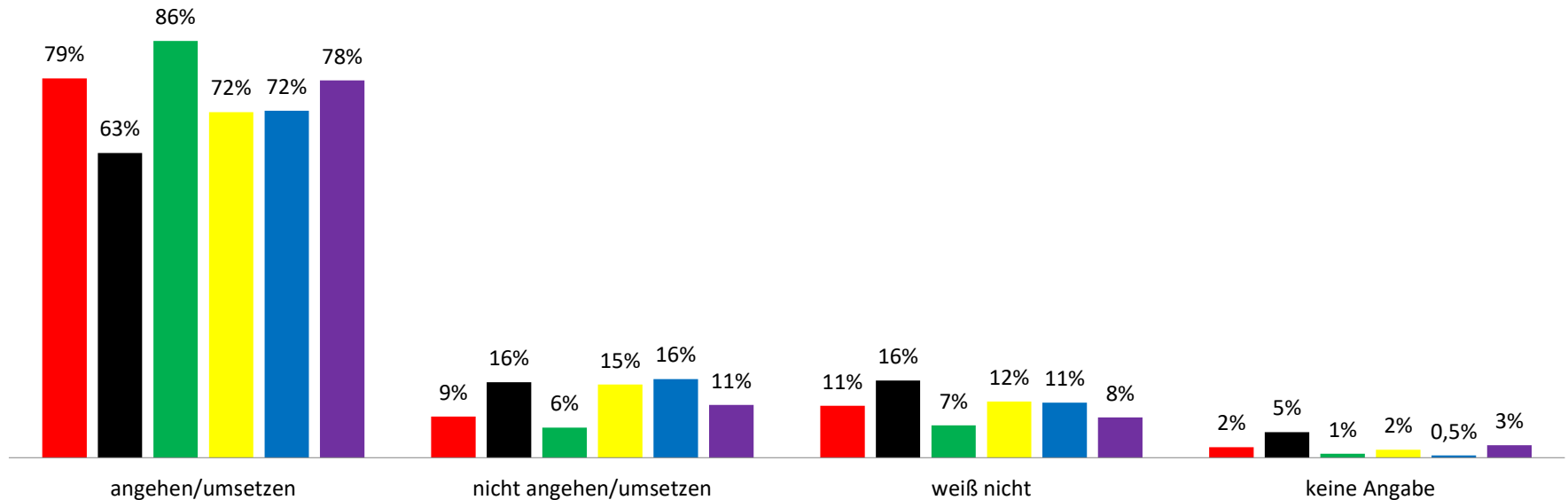
mit Migrationshintergrund ohne Migrationshintergrund



Die Befragten mit Migrationshintergrund geben deutlich häufiger als diejenigen ohne einen Migrationshintergrund an, dass die Forderung nach der Abschaffung des standardmäßigen Entfernens von Körperteilen bei lebenden Tieren in der konventionellen Landwirtschaft (z.B. Ringelschwänze von Ferkeln, Schnabelspitzen von Geflügel, Hornansätze bei Kälbern) nicht umgesetzt werden sollte (20 zu 10 %).

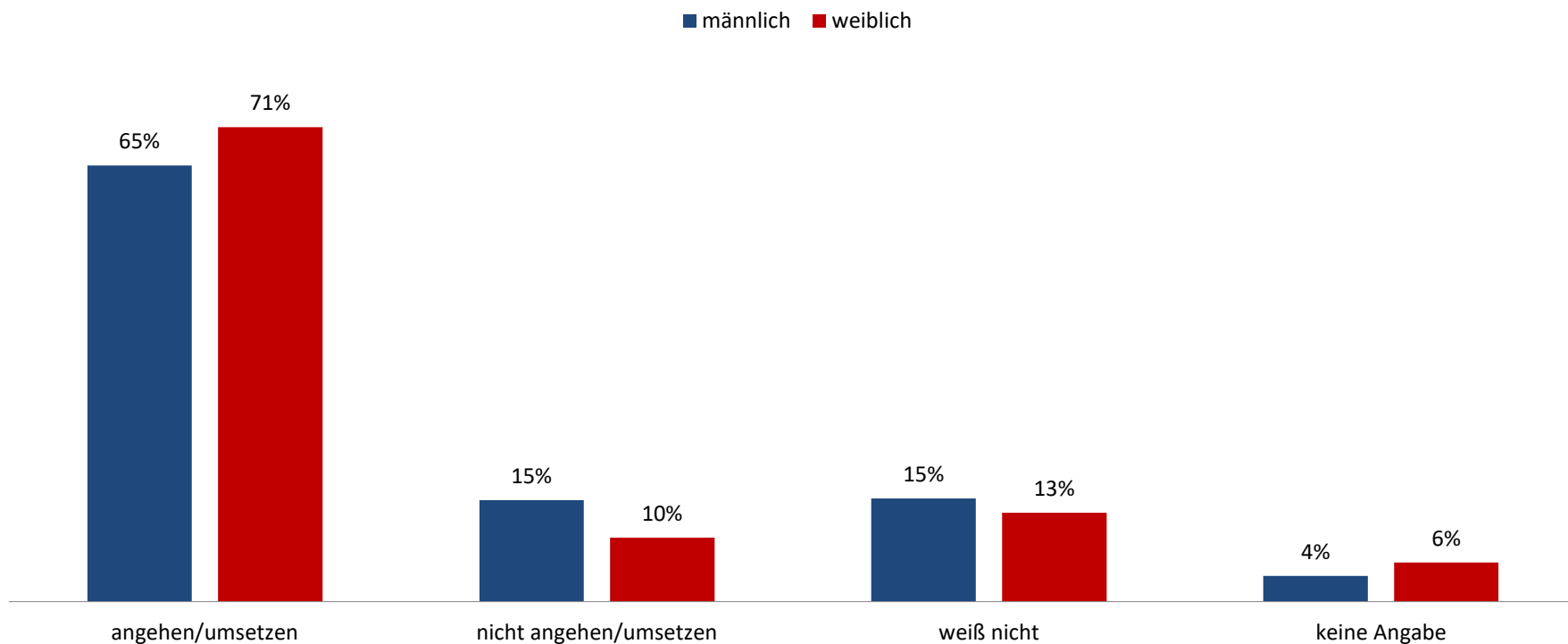
Abschaffung des standardmäßigen Entfernens von Körperteilen bei lebenden Tieren in der konventionellen Landwirtschaft (z.B. Ringelschwänze von Ferkeln, Schnabelspitzen von Geflügel, Hornansätze bei Kälbern)

■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke



Während die Wähler der Grünen am häufigsten angeben, dass die Forderung nach der Abschaffung des standardmäßigen Entfernens von Körperteilen bei lebenden Tieren in der konventionellen Landwirtschaft (z.B. Ringelschwänze von Ferkeln, Schnabelspitzen von Geflügel, Hornansätze bei Kälbern) umgesetzt werden sollte, geben die CDU-Wähler dies am seltensten an (86 zu 63 %, Rest: 72 bis 79 %).

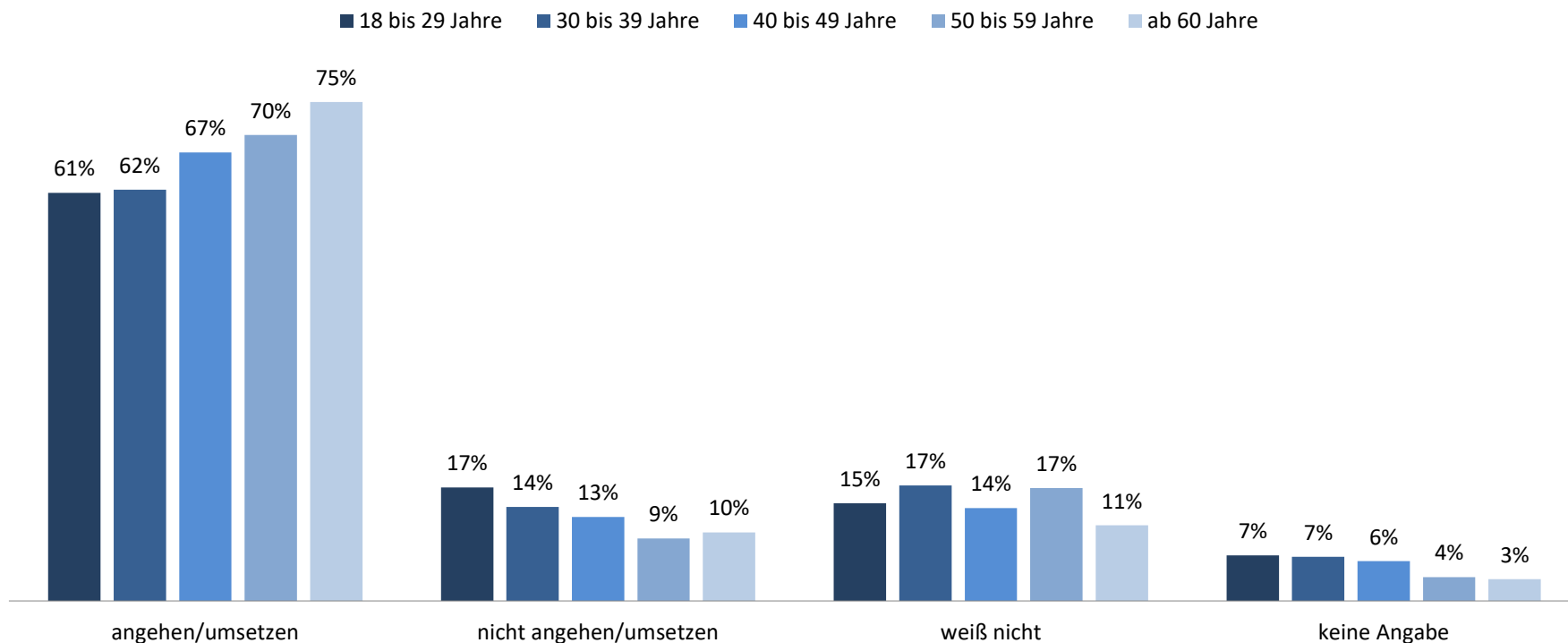
Abschaffung der Anbindehaltung von Kühen in Ställen (ca. 10 % der Kühe werden so gehalten)



Weibliche Befragte geben häufiger als männliche an, dass die Anbindehaltung von Kühen in Ställen abgeschafft werden sollte (71 zu 65 %).

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

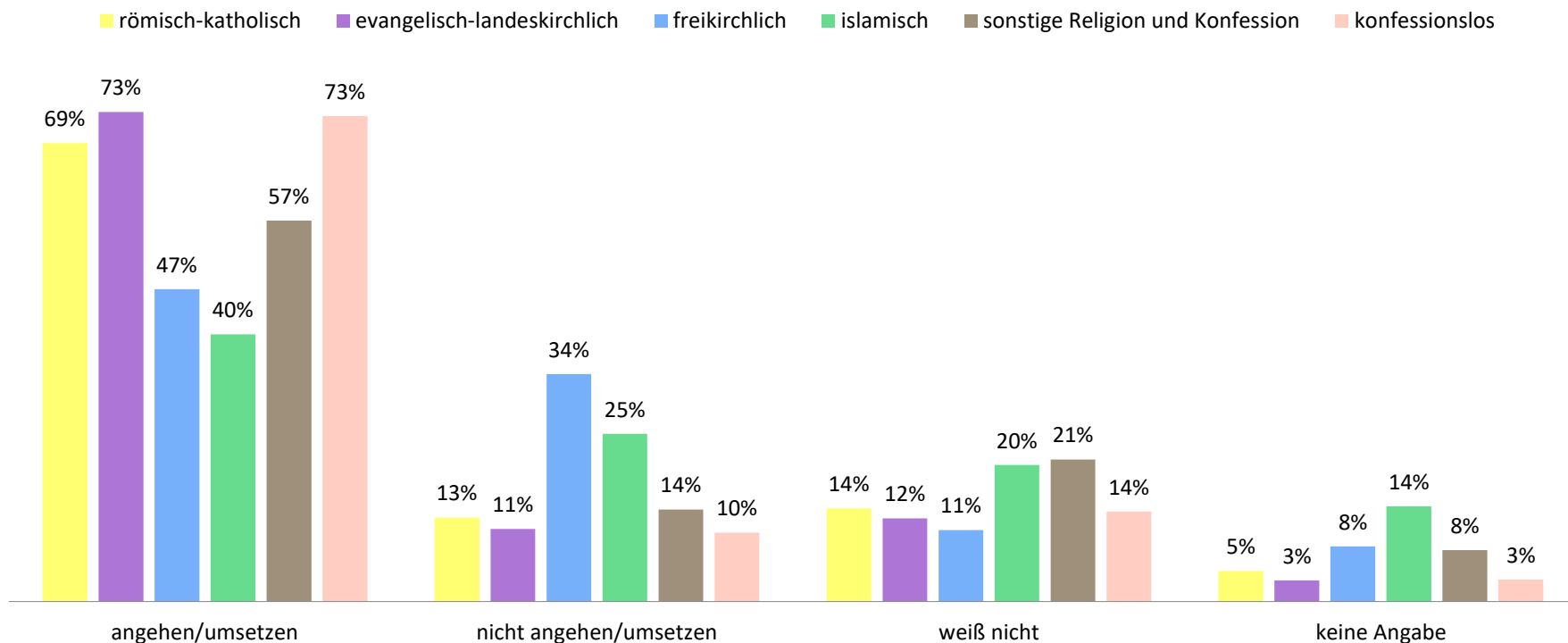
Abschaffung der Anbindehaltung von Kühen in Ställen (ca. 10 % der Kühe werden so gehalten)



Mit dem Alter steigt der Anteil an Befragten, die angeben, dass die Forderung nach der Abschaffung der Anbindehaltung von Kühen in Ställen umgesetzt werden sollte, von 61 Prozent bei den jüngsten auf 75 Prozent bei den ältesten Befragten.

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

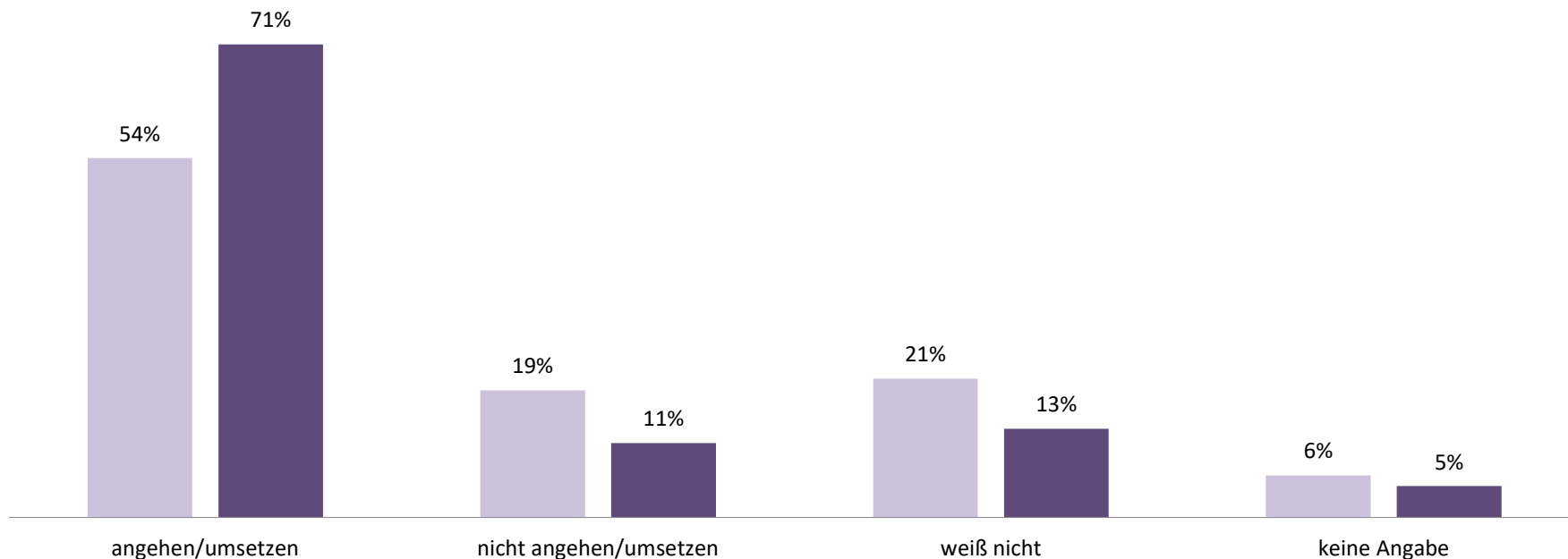
Abschaffung der Anbindehaltung von Kühen in Ställen (ca. 10 % der Kühe werden so gehalten)



Die freikirchlichen sowie die islamischen Befragten geben deutlich häufiger als die anderen Befragten an, dass die Forderung nach der Abschaffung der Anbindehaltung von Kühen in Ställen nicht umgesetzt werden sollte (34 bzw. 25 zu 10 bis 14 %).

Abschaffung der Anbindehaltung von Kühen in Ställen (ca. 10 % der Kühe werden so gehalten)

■ mit Migrationshintergrund ■ ohne Migrationshintergrund

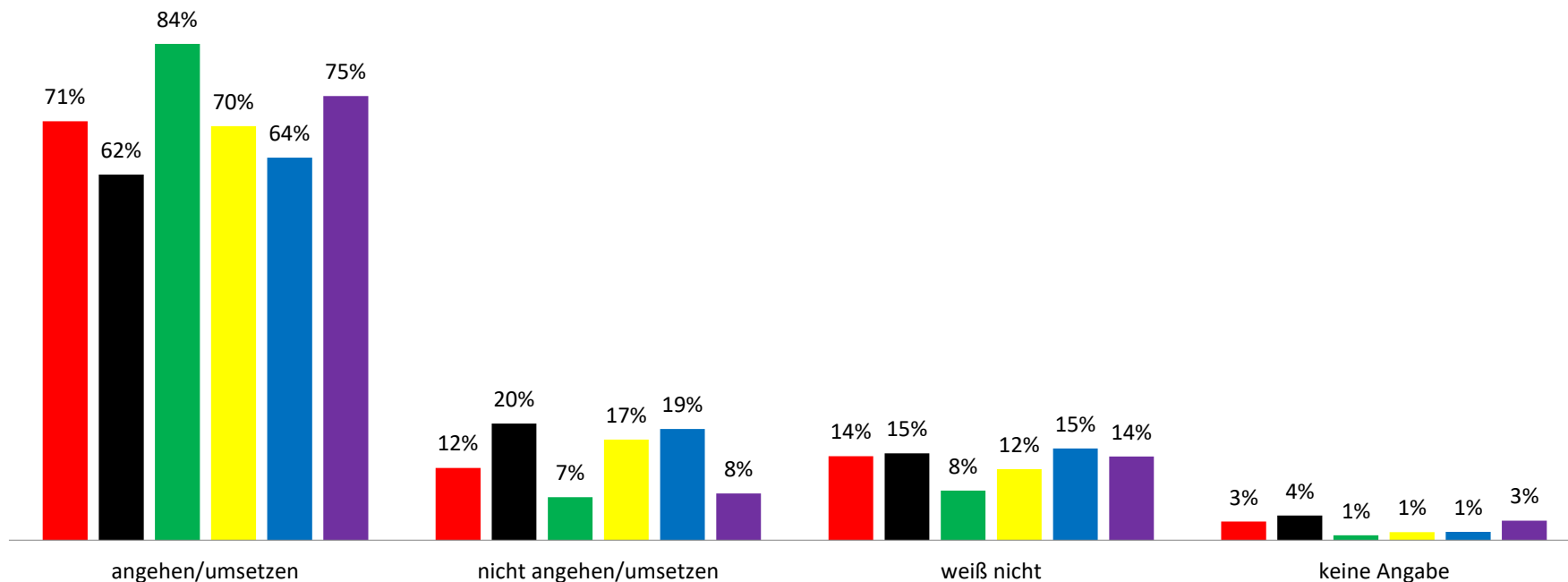


Die Befragten, die einen Migrationshintergrund haben, geben häufiger an, dass die Abschaffung der Anbindehaltung von Kühen in Ställen nicht umgesetzt werden sollte, als dies diejenigen ohne einen Migrationshintergrund tun (19 zu 11 %).

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

Abschaffung der Anbindehaltung von Kühen in Ställen (ca. 10 % der Kühe werden so gehalten)

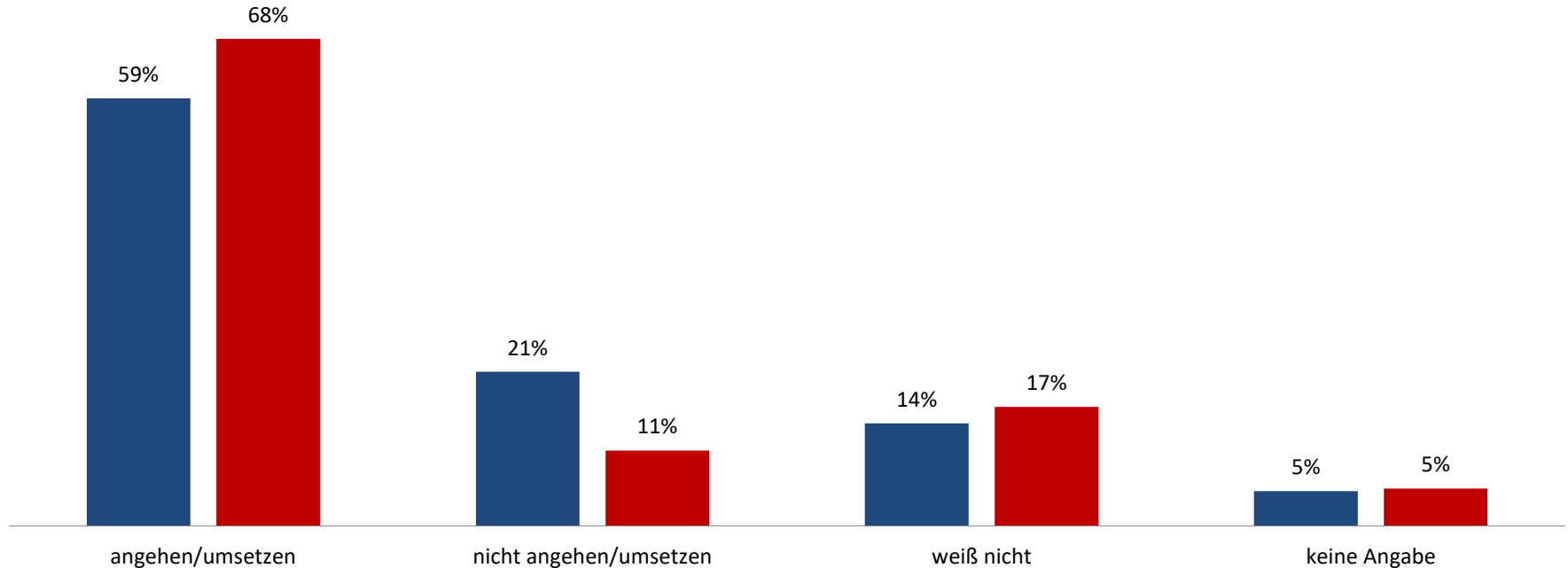
■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke



Die Wähler der CDU, der AfD sowie der FDP geben häufiger als die anderen Wählergruppen an, dass die Abschaffung der Anbindehaltung von Kühen in Ställen nicht umgesetzt werden sollte (20 bzw. 19 bzw. 17 zu 7 bis 12 %).

Verbot des Kochens von unbetäubten lebenden Tieren (z.B. Hummer)

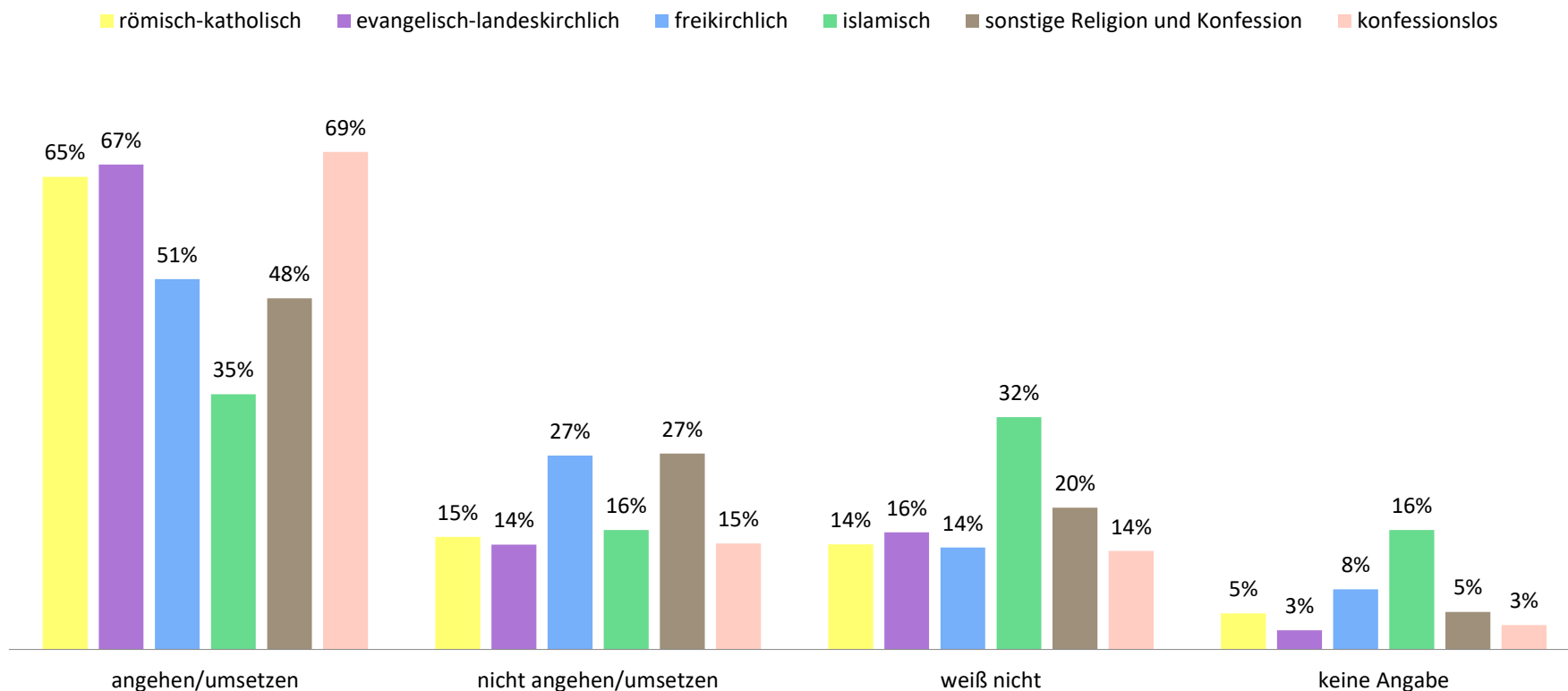
■ männlich ■ weiblich



Weibliche Befragte geben häufiger als männliche Befragte an, dass das Verbot des Kochens von unbetäubten lebenden Tieren umgesetzt werden sollte (68 zu 59 %).

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

Verbot des Kochens von unbetäubten lebenden Tieren (z.B. Hummer)

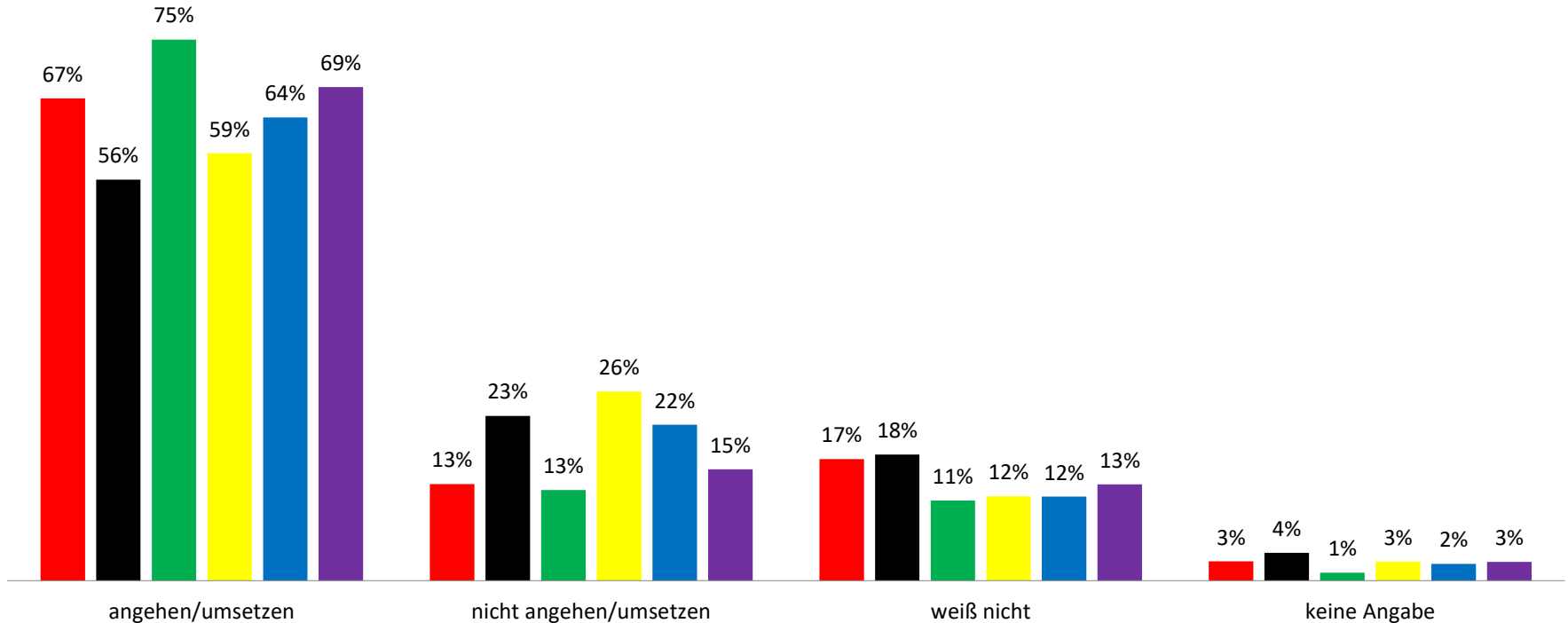


Die freikirchlichen Befragten sowie Angehörige sonstiger Religionen und Konfessionen geben deutlich häufiger als die anderen Befragten an, dass das Verbot des Kochens von unbetäubten lebenden Tieren nicht umgesetzt werden sollte (je 27 zu 14 bis 16 %).

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

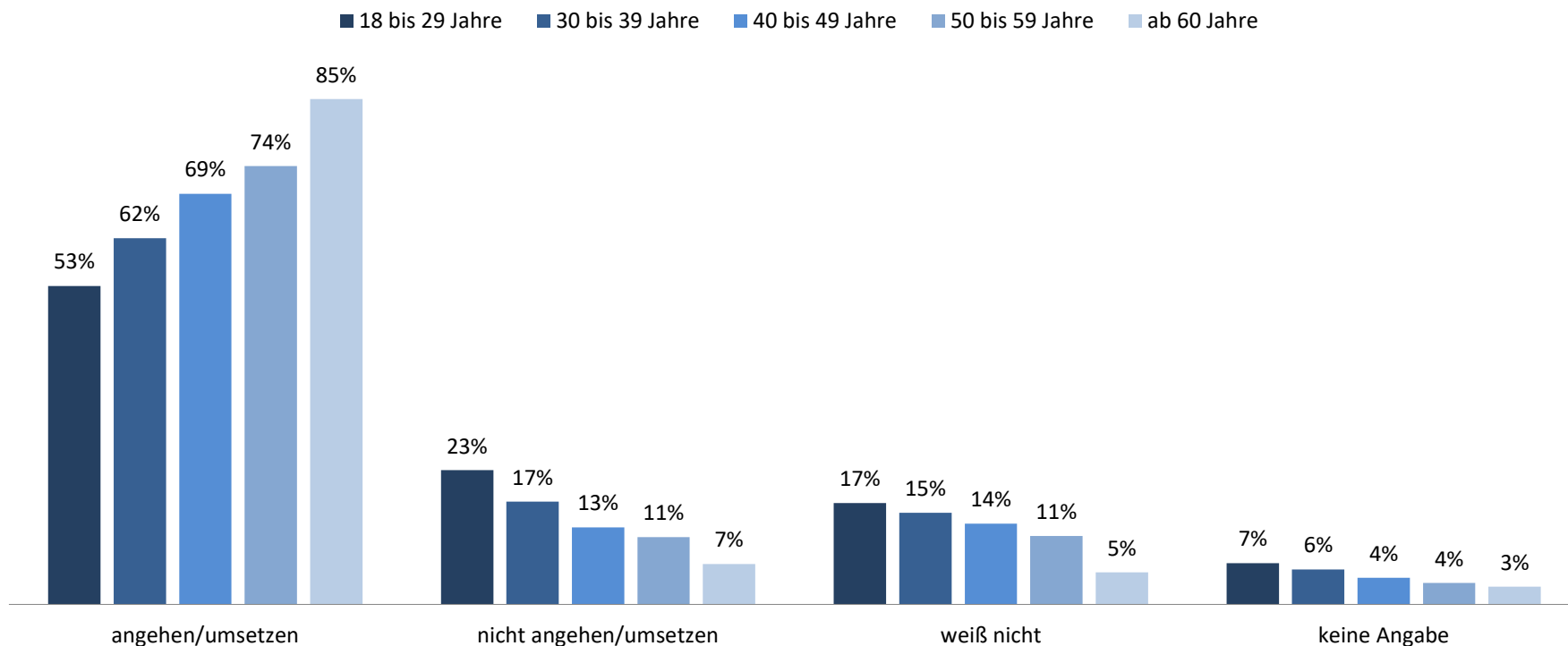
Verbot des Kochens von unbetäubten lebenden Tieren (z.B. Hummer)

■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke



Die Wähler der FDP, der CDU sowie der AfD geben häufiger als die Wähler der anderen Parteien an, dass das Verbot des Kochens von unbetäubten lebenden Tieren nicht umgesetzt werden sollte (26 bzw. 23 bzw. 22 zu 13 bis 15 %).

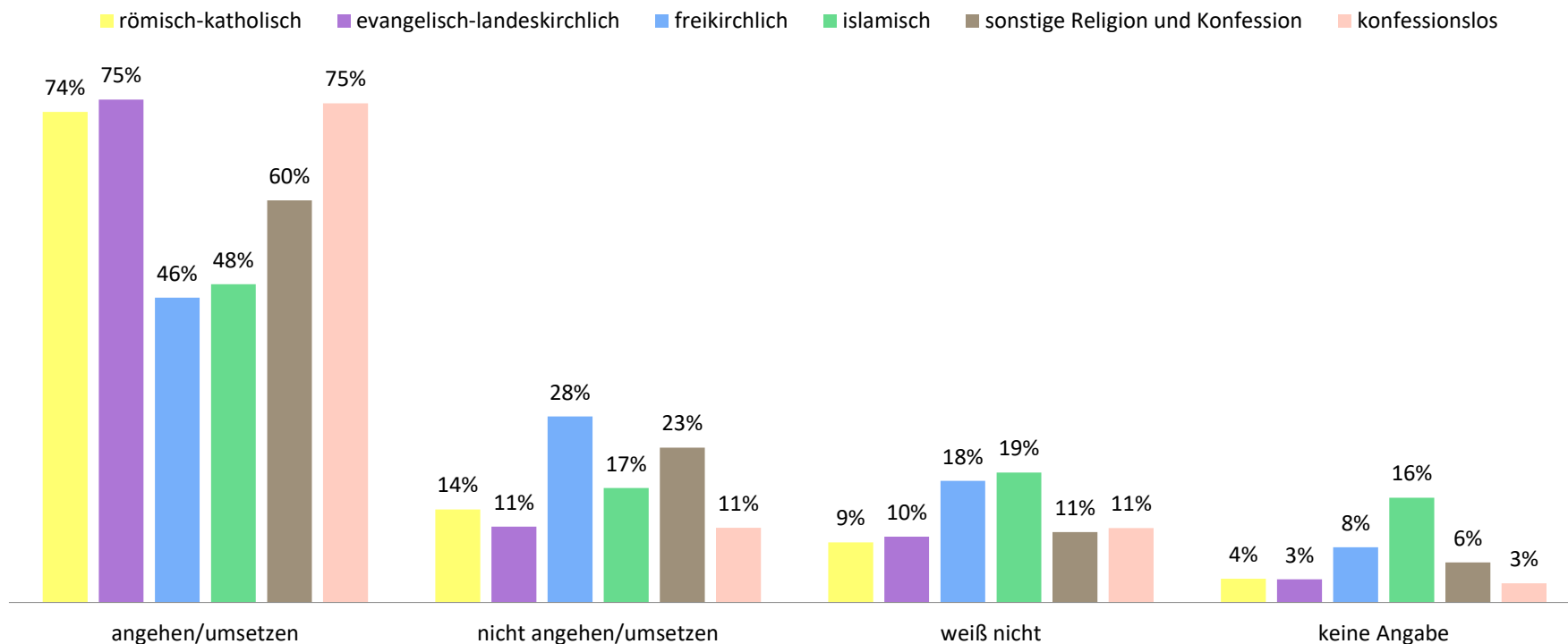
Verbot der Haltung exotischer Wildtiere (z.B. Affen, Schlangen, Echse) als Haustiere



Mit dem Alter steigt der Anteil an Befragten, die für das Verbot der Haltung exotischer Wildtiere (z.B. Affen, Schlangen, Echse) als Haustiere sind, von 53 Prozent bei den jüngsten auf 85 Prozent bei den ältesten Befragten.

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

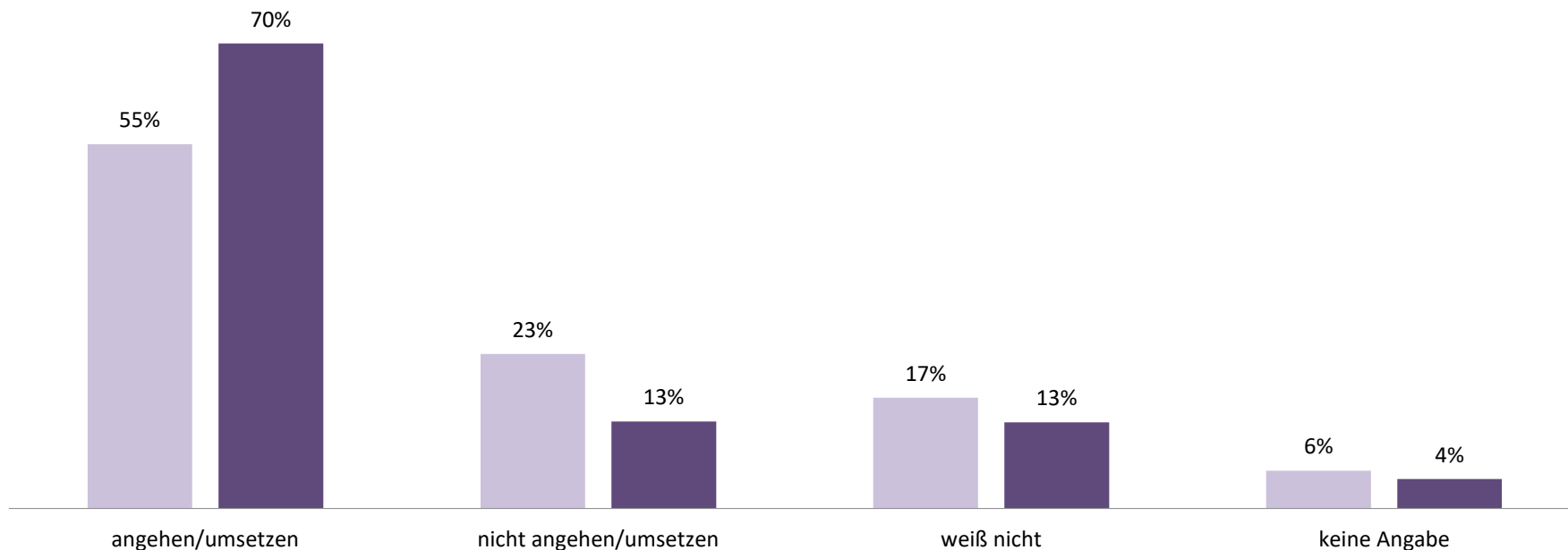
Verbot der Haltung exotischer Wildtiere (z.B. Affen, Schlangen, Echse) als Haustiere



Die freikirchlichen Befragten sowie Angehörige sonstiger Religionen und Konfessionen sind häufiger als die anderen Befragten dagegen, dass die Haltung exotischer Wildtiere (z.B. Affen, Schlangen, Echse) als Haustiere verboten werden sollte (28 bzw. 23 zu 11 bis 17 %).

Abschaffung des kommerziellen Handels mit Tieren auf Online-Plattformen im Internet

■ mit Migrationshintergrund ■ ohne Migrationshintergrund

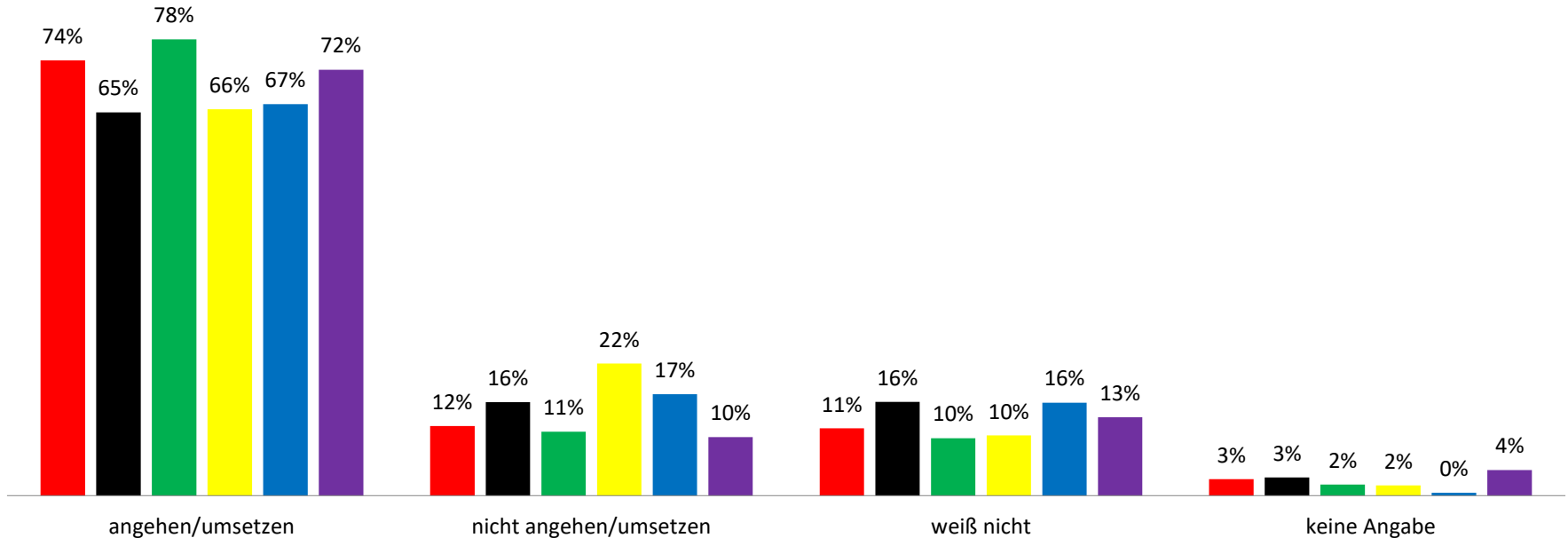


Die Befragten, die keinen Migrationshintergrund haben, geben deutlich häufiger als die Befragten, die keinen Migrationshintergrund haben, an, dass die Abschaffung des kommerziellen Handels mit Tieren auf Online-Plattformen im Internet nicht umgesetzt werden sollte (23 zu 13 %).

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

Abschaffung des kommerziellen Handels mit Tieren auf Online-Plattformen im Internet

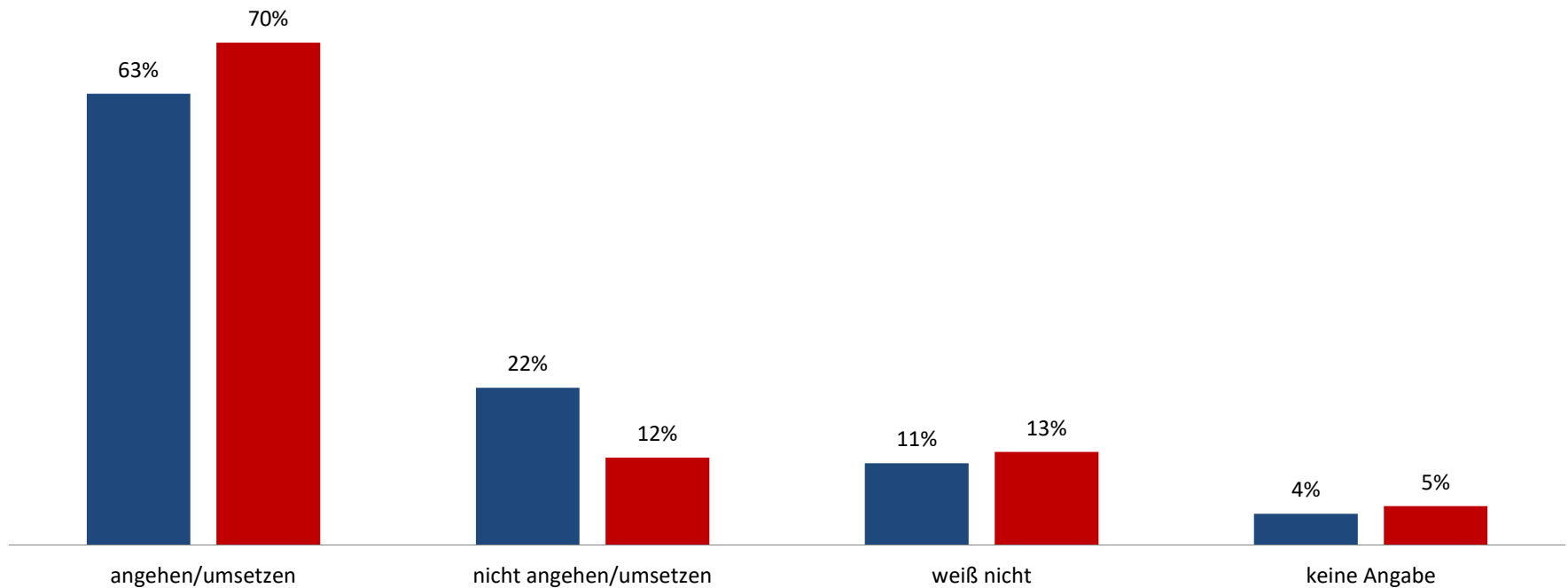
■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke



Die Wähler der FDP, der AfD sowie der CDU geben häufiger als die Wähler der anderen Parteien an, dass die Abschaffung des kommerziellen Handels mit Tieren auf Online-Plattformen im Internet nicht umgesetzt werden sollte (22 bzw. 17 bzw. 16 zu 10 bis 12 %).

Verkaufsverbot von Produkten aus Echtpelz

■ männlich ■ weiblich

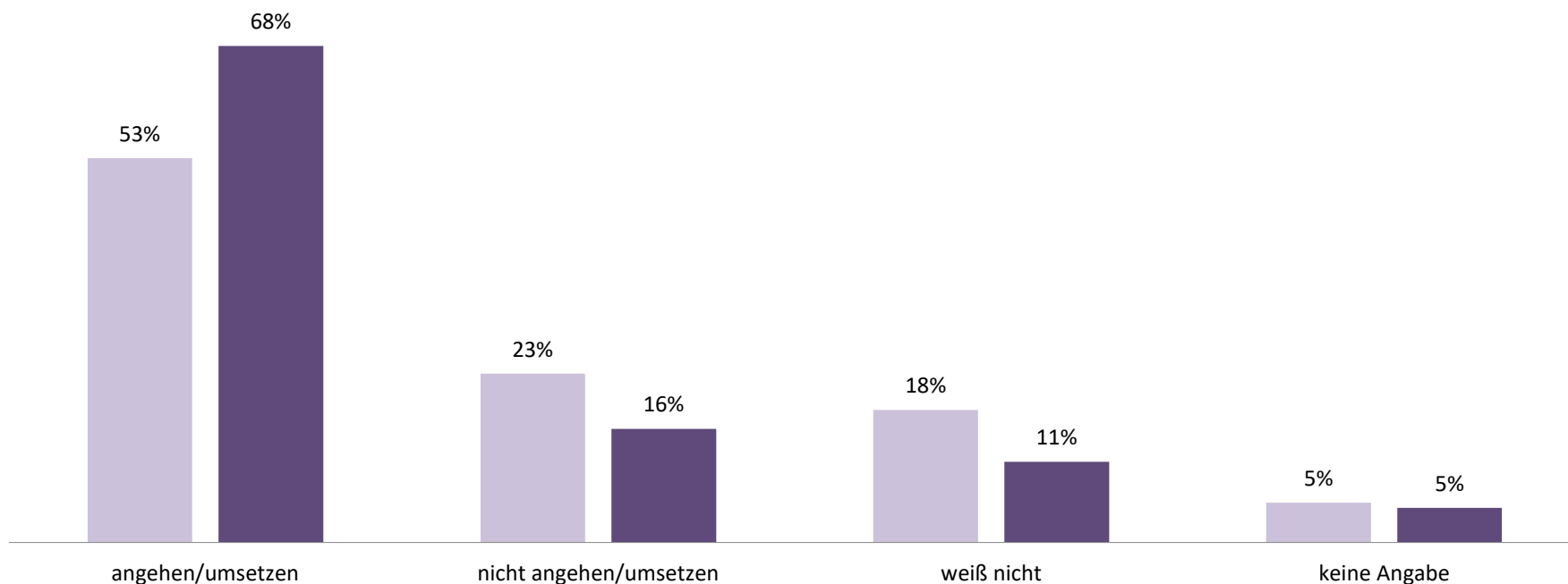


Weibliche Befragte geben häufiger als männliche an, dass das Verkaufsverbot von Produkten aus Echtpelz umgesetzt werden sollte (70 zu 63 %).

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

Verkaufsverbot von Produkten aus Echtpelz

■ mit Migrationshintergrund ■ ohne Migrationshintergrund

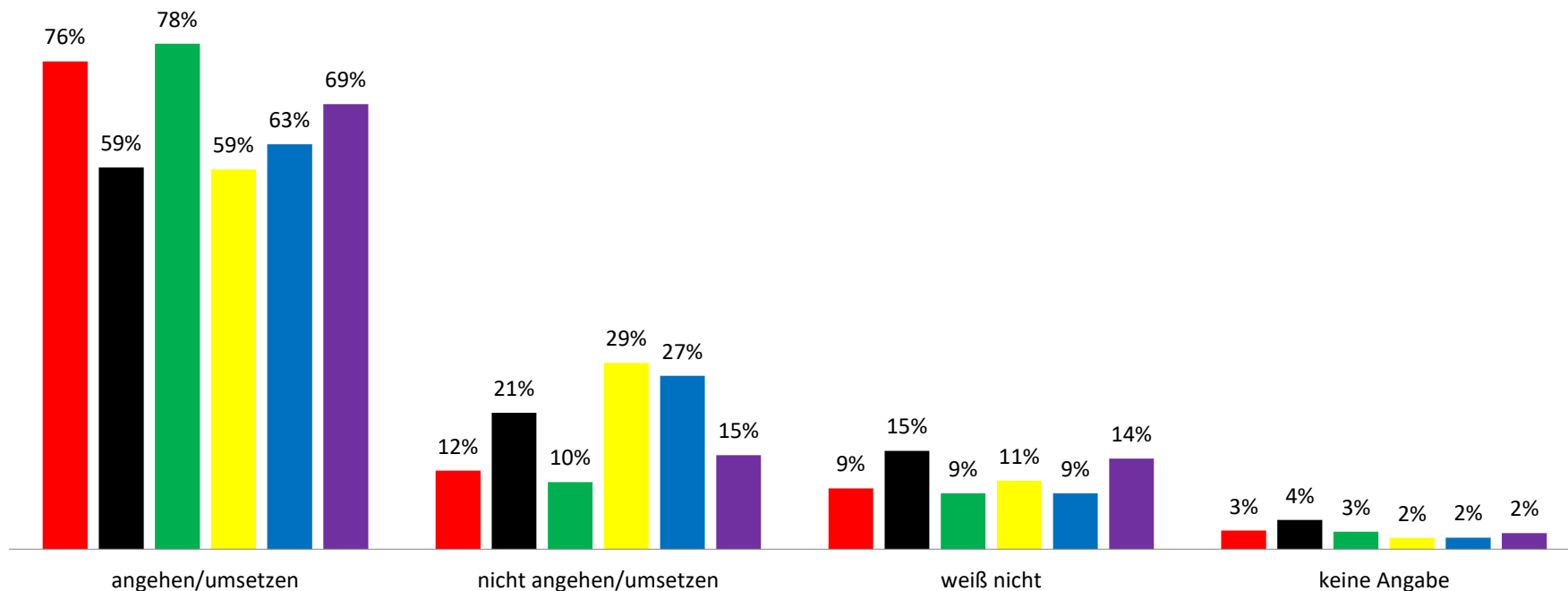


Die Befragten mit einem Migrationshintergrund geben häufiger als diejenigen, die keinen Migrationshintergrund haben, an, dass das Verkaufsverbot von Produkten aus Echtpelz nicht umgesetzt werden sollte (23 zu 16 %).

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

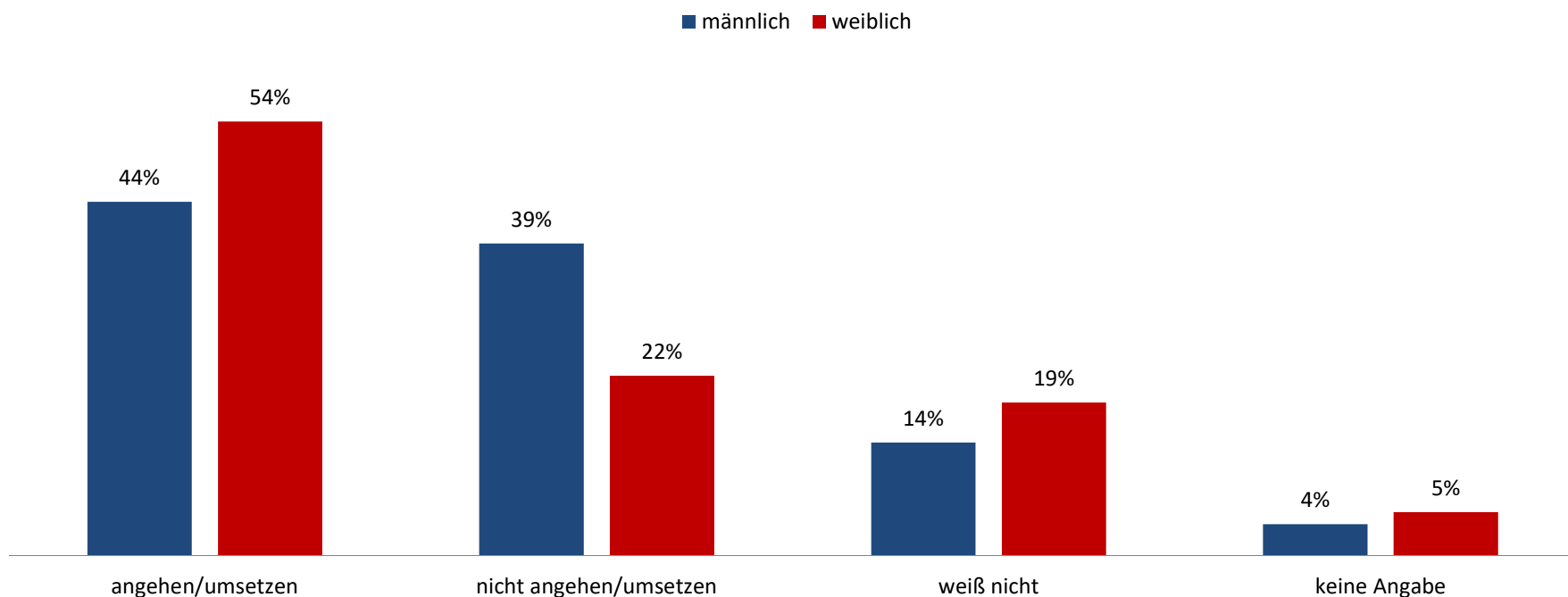
Verkaufsverbot von Produkten aus Echtpelz

■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke



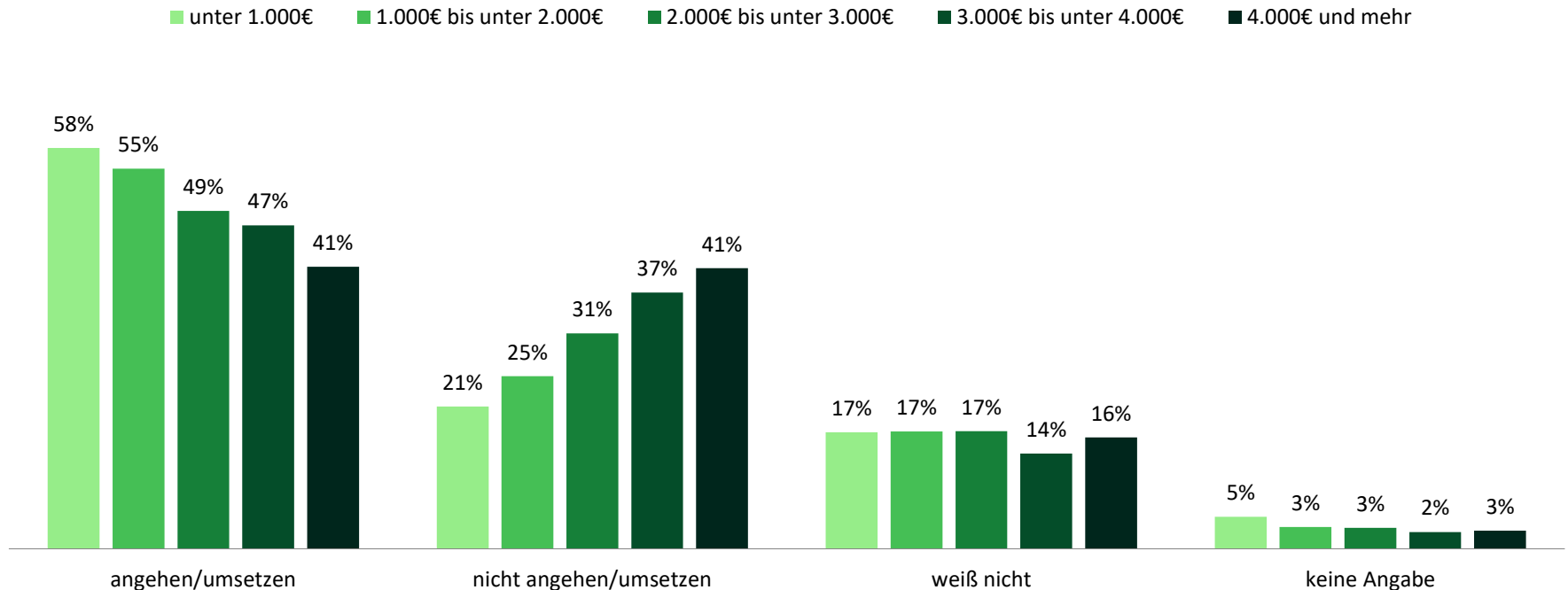
Die Wähler der FDP, der AfD sowie der CDU geben häufiger als die anderen Wählergruppen an, dass das Verkaufsverbot von Produkten aus Echtpelz nicht umgesetzt werden sollte (29 bzw. 27 bzw. 21 %).

Ausstieg aus der Jagd als Freizeitaktivität (ausgeübt von knapp 400.000 Hobby-Jägerinnen und -Jägern) und Beschränkung auf behördliche Berufsjäger und Wildtierbeauftragte



Weibliche Befragte geben deutlich häufiger an, dass der Ausstieg aus der Jagd als Freizeitaktivität (ausgeübt von knapp 400.000 Hobby-Jägerinnen und -Jägern) und die Beschränkung auf behördliche Berufsjäger und Wildtierbeauftragte umgesetzt werden sollte, als dies männliche tun (54 zu 44 %).

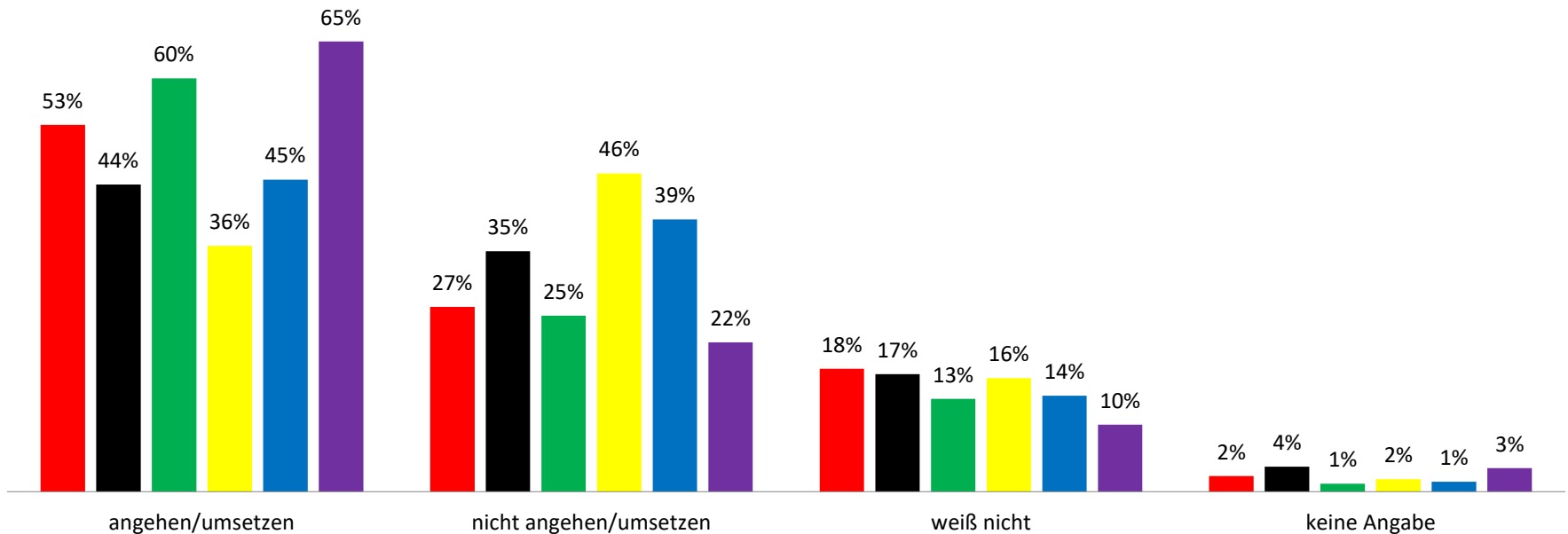
Ausstieg aus der Jagd als Freizeitaktivität (ausgeübt von knapp 400.000 Hobby-Jägerinnen und -Jägern) und Beschränkung auf behördliche Berufsjäger und Wildtierbeauftragte



Mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen sinkt der Anteil derjenigen, welche angeben, dass der Ausstieg aus der Jagd als Freizeitaktivität (ausgeübt von knapp 400.000 Hobby-Jägerinnen und -Jägern) und die Beschränkung auf behördliche Berufsjäger und Wildtierbeauftragte umgesetzt werden sollte, von 58 Prozent bei denjenigen mit dem Haushaltsnettoeinkommen unter 1.000 Euro auf 41 Prozent bei den Befragten mit dem Haushaltsnettoeinkommen von 4.000 Euro und mehr.

Ausstieg aus der Jagd als Freizeitaktivität (ausgeübt von knapp 400.000 Hobby-Jägerinnen und -Jägern) und Beschränkung auf behördliche Berufsjäger und Wildtierbeauftragte

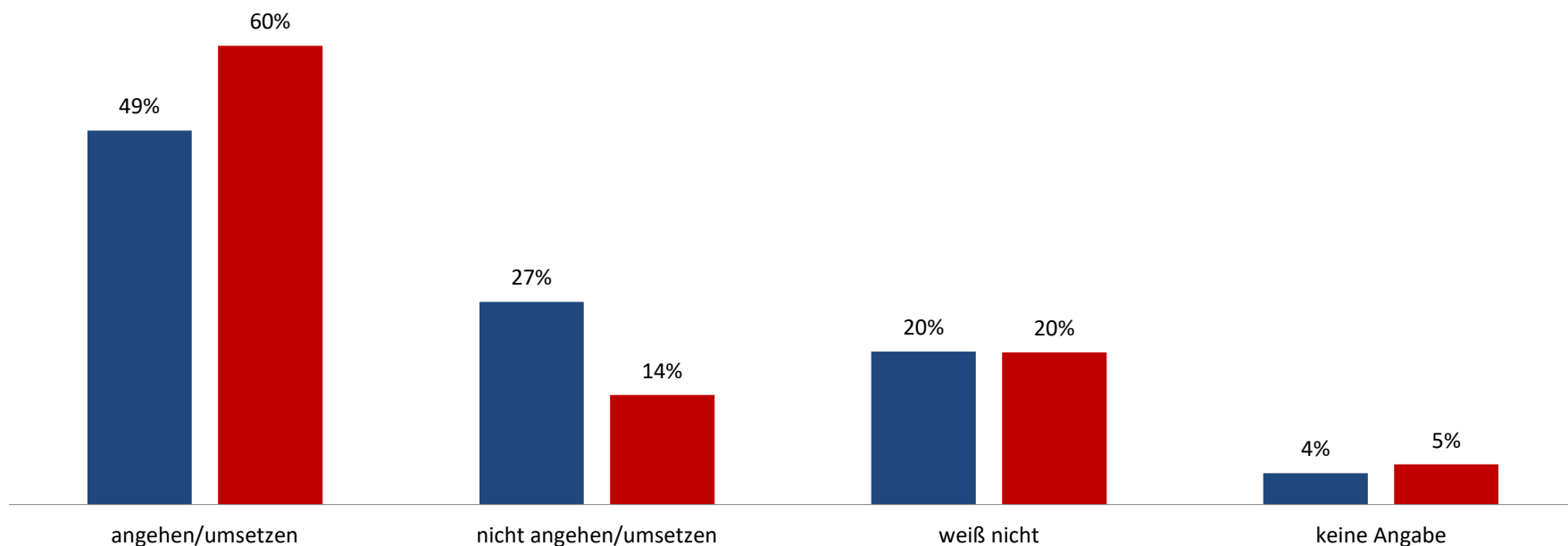
■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke



Die Wähler der FDP, der AfD sowie der CDU geben deutlich häufiger als die anderen Wählergruppen an, dass der Ausstieg aus der Jagd als Freizeitaktivität (ausgeübt von knapp 400.000 Hobby-Jägerinnen und -Jägern) und Beschränkung auf behördliche Berufsjäger und Wildtierbeauftragte nicht umgesetzt werden sollte (46 bzw. 39 bzw. 35 zu 22 bis 27 %).

Untersagung der Nutzung von Schlagfallen für Wildtiere, die theoretisch sofort töten sollen (z.B. Füchse, Marder)

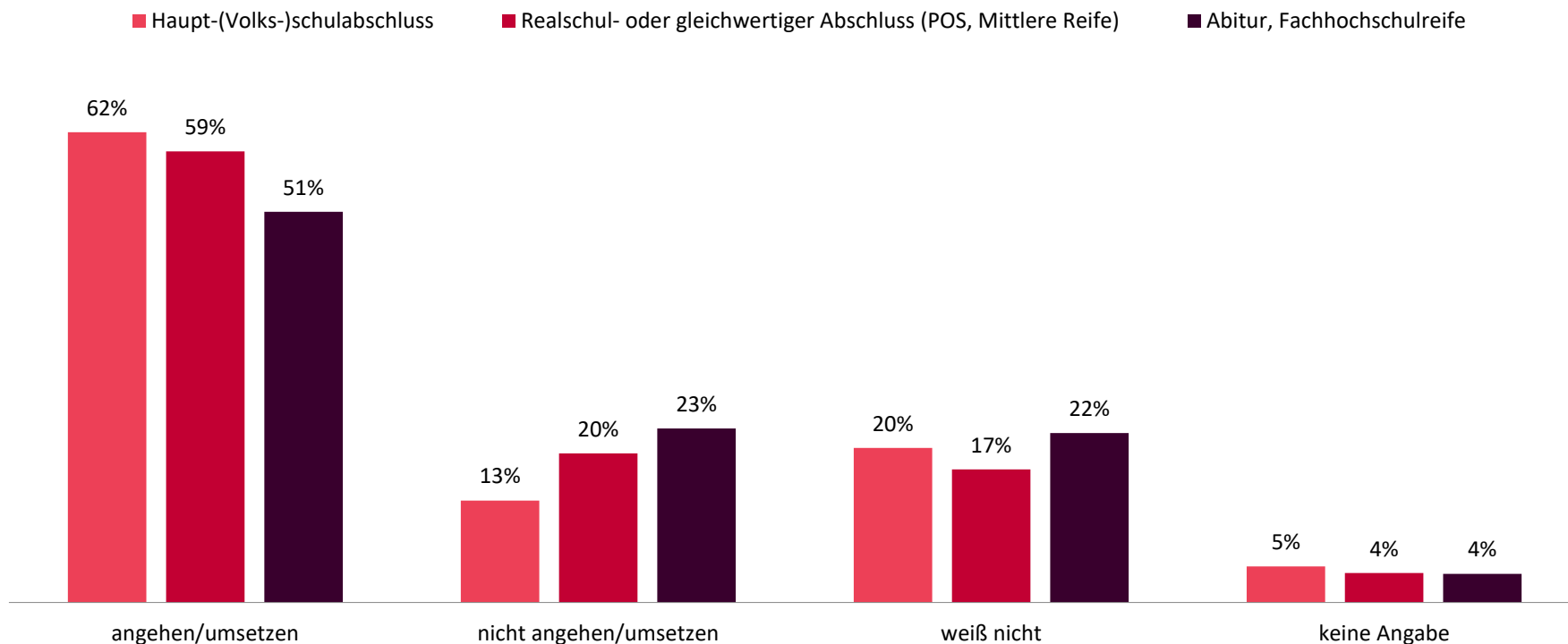
■ männlich ■ weiblich



Weibliche Befragte geben deutlich häufiger als männliche an, dass die Untersagung der Nutzung von Schlagfallen für Wildtiere, die theoretisch sofort töten sollen (z.B. Füchse, Marder) umgesetzt werden sollte (60 zu 49 %).

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

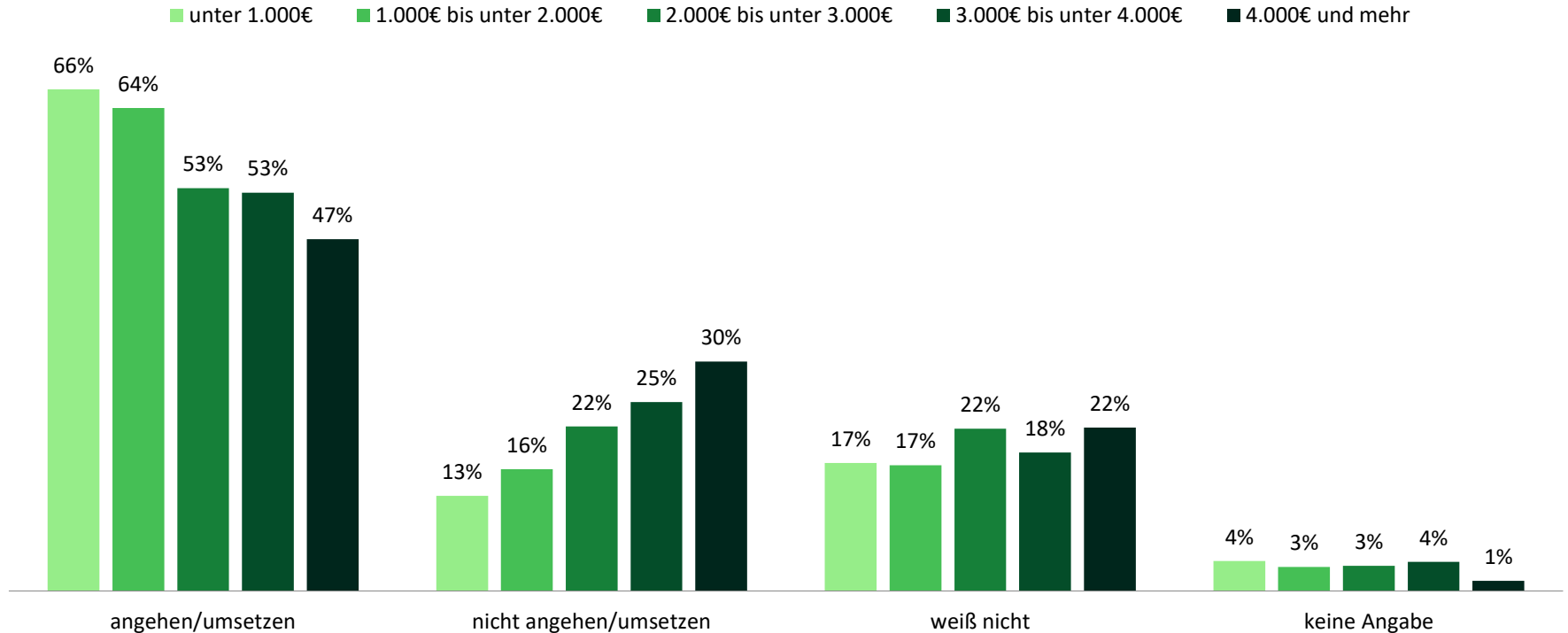
Untersagung der Nutzung von Schlagfallen für Wildtiere, die theoretisch sofort töten sollen (z.B. Füchse, Marder)



Mit dem formellen Bildungsabschluss steigt der Anteil an Befragten, welche dagegen sind, dass die Untersagung der Nutzung von Schlagfallen für Wildtiere, die theoretisch sofort töten sollen (z.B. Füchse, Marder) umgesetzt werden sollte, von 13 Prozent bei denjenigen mit einem Haupt-(Volks-)schulabschluss auf 23 Prozent bei den Befragten, die ein Abitur oder eine Fachhochschulreife haben.

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

Untersagung der Nutzung von Schlagfallen für Wildtiere, die theoretisch sofort töten sollen (z.B. Füchse, Marder)

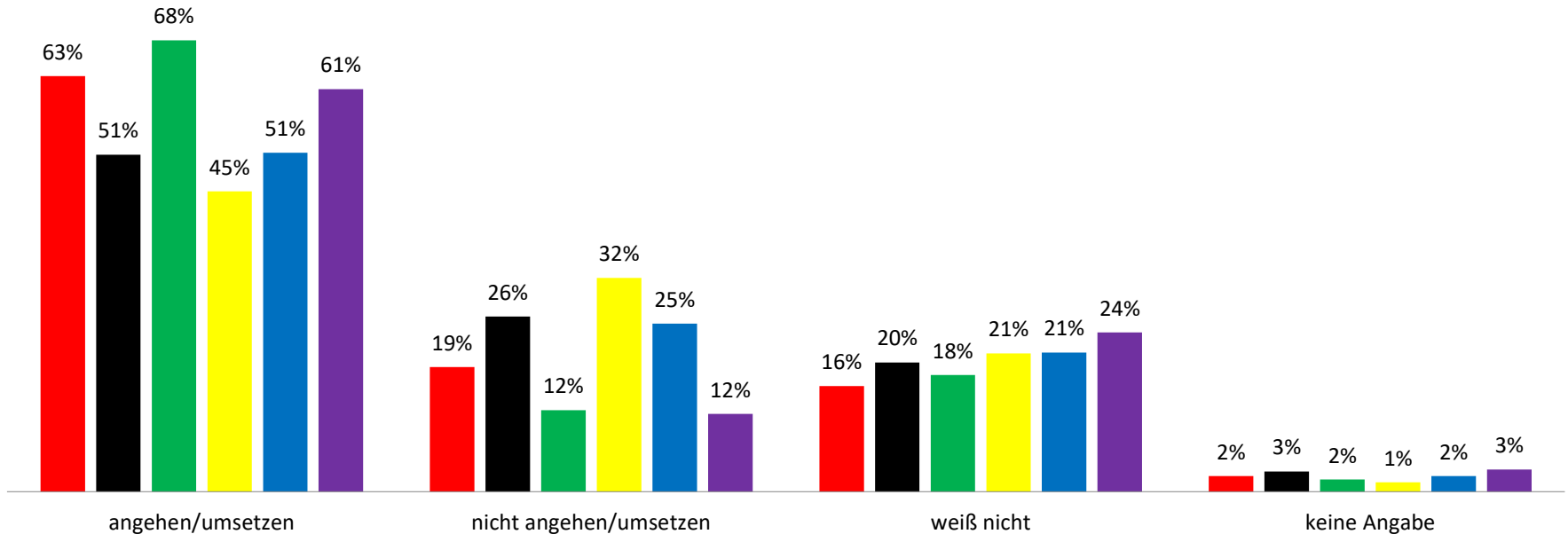


Mit dem steigenden Haushaltsnettoeinkommen steigt der Anteil an Befragten, die dagegen sind, dass die Untersagung der Nutzung von Schlagfallen für Wildtiere, die theoretisch sofort töten sollen (z.B. Füchse, Marder) umgesetzt werden sollte, von 13 Prozent bei denjenigen mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 1.000 Euro auf 30 Prozent bei den Befragten mit Haushaltsnettoeinkommen von 4.000 Euro und mehr an.

Welche der folgenden Forderungen aus dem Bereich Tierschutz sollte die kommende Bundesregierung Ihrer Meinung nach für ganz Deutschland angehen bzw. umsetzen und welche nicht?

Untersagung der Nutzung von Schlagfallen für Wildtiere, die theoretisch sofort töten sollen (z.B. Füchse, Marder)

■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke



Die Wähler der FDP, der AfD sowie der CDU geben deutlich häufiger als die anderen Wählergruppen an, dass die Untersagung der Nutzung von Schlagfallen für Wildtiere, die theoretisch sofort töten sollen (z.B. Füchse, Marder) nicht umgesetzt werden sollte (32 bzw. 25 bzw. 26 zu 12 bis 19 %).

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

INSA-CONSULERE GmbH

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.